

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Zeilen 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II zu richten.

Auflage: 116 000 Exemplare

### Inhalt:

Die Sünden der kapitalistischen Produktion. — Haben wir zum Rückzug geblasen? — Zur Lage im ergebirgischen Kampfgebiet. — Noch einmal etwas über das metrische Garnnumerierungssystem. — Die Flucht in die Doffentlichkeit. — Erklärung. — Konferenz der Teppich- und Plüschweber Berlins und der Umgegend. — Dem internationalen Textilarbeiterkongress in Wien. — Die Wahrung der Anwartschaft auf Invalidenrente im Auslande. — Gemäßigter Unterstutzung. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Politische Nachrichten. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Betriebsunfälle. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Postamentiererkonferenz. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Feuilleton: Monatsrevue über das Textilgewerbe. — Wirtschaftliche Rundschau.

## Die Sünden der kapitalistischen Produktion.

Als in den letzten Jahren die deutschen Textilarbeiter an den meisten Orten die Forderung aufstellten, die Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich herabzusetzen, da geriet das Unternehmertum in vielen Ort in schier tobüchtige Rasterei. Und namentlich die Baumwollspinnereien waren es, welche, neben den Unternehmern in der deutschen Leinenindustrie, am rabiatesten gegen jeden Versuch, die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen, auftraten. Es ist ja noch gar nicht lange her, daß wir an dieser Stelle eine Eingabe des Verbandes deutscher Leinenindustrieller, welche dieser an die Regierung und den Reichstag richtete und in welcher er sich entschieden dagegen aussprach, daß die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiterinnen gesetzlich auf zehn Stunden festgesetzt werden sollte, kritisierten. In jener Eingabe wurde verlangt, daß, wenn man überhaupt eine gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden für Arbeiterinnen vornehmen sollte — eine gesetzliche Aktion, welche der Unternehmerverband der deutschen Leinenindustrie entschieden bekämpfte —, dann das Inkrafttreten dieser gesetzlichen Arbeitszeit auf den 1. Januar 1912 verschoben werden solle. Das war also vor etwa drei bis vier Monaten. Wir haben uns damals in sehr deutlicher Weise gegen diese Eingabe gewandt, und wie immer, so auch damals den Standpunkt vertreten, die tägliche Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiterinnen, sondern für alle Arbeiter zunächst einmal gesetzlich auf zehn Stunden festzusetzen. Was uns nun heute veranlaßt, auf diese Sache zurückzukommen, das sind die Begleiterscheinungen des kapitalistischen Produktionssystems, welche sich gegenwärtig in der deutschen Textilindustrie zum Schaden der Arbeiterinnen geradezu verheerend bemerkbar machen. Zu Beginn dieses Jahres da sahen die Unternehmer meistens noch auf hohem Pferde. Hörte man sie auf den um die Jahreswende abgehaltenen Kongressen der Unternehmerverbände über den Geschäftsgang im Jahre 1908 reden, so wurde größtenteils berichtet, an eine Abschwächung des Geschäfts sei nicht zu denken. Und auf dem Verbandstage der Leinenindustriellen war es der Kommerzienrat Gärtner, der in seinem Geschäftsbericht die Ansicht vertrat, daß das Jahr 1908 sich von dem Jahre 1907 im Beschäftigungsgrad nicht unterscheiden würde. Seine Sorge war kein Arbeitsmangel, sondern der Arbeitermangel. Wenn man nun auch den diversen Stimmen aus Unternehmerkreisen den guten Glauben nicht absprechen will — obwohl uns das sehr schwer fällt, denn wir haben die Ueberzeugung, daß diesen tödlich schillernden Berichten eine gewisse spekulative Absicht, nämlich die Absicht, zu neuen Aufträgen anzuregen, zugrunde gelegen hat —, wenn man also den Unternehmerkreisen für ihre Prophezeiungen über den voraussetzlichen Geschäftsgang den guten Glauben nicht absprechen und annehmen wollte, daß sie aus dieser guten Glauben heraus auch zu der oben schon bezeichneten Eingabe an die Regierung und den Reichstag veranlaßt worden seien, so zeigen doch die inzwischen eingetretenen Tatsachen, daß auf diesen guten Glauben der Unternehmer nichts zu geben ist. Denn noch ist das Jahr 1908 nicht zur Hälfte vorüber, da besteht nicht nur in der übrigen Textilindustrie, sondern auch gerade in der Leinenindustrie eine Arbeitslosigkeit, wie sie seit Menschengedenken noch nicht zu verzeichnen war. Und dieselben Flachspinnereien, welche die Hauptveranlasser jener Eingabe an die Regierung und den Reichstag waren, welche wollten, daß die Arbeitszeit für Arbeiterinnen erst vom 1. Januar 1912 auf zehn Stunden täglich herabgesetzt werden sollte, die sind es heute, welche in ihren Betrieben eine weit wesentlichere Verkürzung der Arbeitszeit angeordnet haben. Wie wir bereits berichtet haben, haben die belgischen, österreichischen und deutschen Flachspinnereien eine Einschränkung der Produktion vorgenommen, mit der Maßgabe, daß nur 50 Stunden pro Woche gearbeitet werde; das entspricht einer täglichen Arbeitszeit von nicht mehr als 8 1/2 Stunden. Und womit begründet man diese Maßregel? Nun damit, daß viel zu viel Webwaren angefertigt sind, für welche die Abnehmer fehlen und welche daher preisdrückend auf dem Markt lasten. Aber das haben wir vorausgesagt; wir haben auf diese Ueberproduktion hingewiesen, und gerade deshalb, weil wir sie verhindern wollten, die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Wir haben nachgewiesen, daß bei dem heutigen Stande der Technik die Warenherzeugung bei einer solchen langen Arbeitszeit dem Warenverbrauch in kurzer Zeit weit vorauslaufen müsse, und dann die Zeit eintreten würde, wo, weil alle Lager vollliegen, keine Aufträge oder zu mindestens nicht so viel Aufträge vorhanden sein würden, um die Arbeiter be-

schäftigen zu können. Wir verlangten, daß die Produktion mehr dem Umfang des Bedarfs angepaßt werden solle, damit ein möglichst stabiler Geschäftsgang erhalten werde. Aber für solche vernünftigen Erwägungen ist ja das Unternehmertum in seiner großen Mehrheit völlig unzugänglich. Die Gak nach Reichümern, der tolle Konkurrenzkampf, die Sucht, möglichst schnell reich zu werden, schiebt alle vernünftigen Erwägungen zur Seite, und fort geht die tolle Jagd, bis man eines Tages vor dem jähen Abgrund steht.

Und so wie es in der Leinenindustrie ist, nur noch weit schlimmer, ist es mit dem Beschäftigungsgrad in der Baumwollindustrie. Hier war es ganz besonders die Rheinisch-Westfälische Spinnereivereinigung, welche mehrere Male Kundgebungen erließ, die sich gegen das Bestreben der Arbeiter, die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden festzusetzen, richteten. Heute aber ist es gerade diese Vereinigung, welche ebenfalls gern eine wesentliche Einschränkung der Produktion vornehmen möchte. Man spricht von einer Einschränkung von 25 bis 30 Prozent; das wäre eine Verminderung der Produktion um ein Viertel bis ein Drittel, also eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden. Vorläufig allerdings traut man sich nicht einen solchen Schritt zu unternehmen, weil man mit Recht befürchtet, die eingearbeiteten Arbeitskräfte zu verlieren. Und die Arbeiter müßten in der Tat Narren sein, wenn sie sich eine solche Behandlung gefallen lassen würden. Die Arbeiter wollten eine kürzere Arbeitszeit, um eine Ueberproduktion zu verhindern und um ihre Kräfte nicht bei der langen Schinderei so frühzeitig aufzureiben. Da, als sie das wollten, zog die Ausbeuterhorde sofort den Hungerknüttel hervor, um die Sklaven zu unverzüglicher Fron zu zwingen. Und nun, wo das eingetreten ist, was die Arbeiter verhindern wollten, jetzt sollen sie eine neue Hungerkur über sich ergehen lassen. Jetzt möchte das Unternehmertum am liebsten die Betriebe ganz schließen. So tritt die Verdrüßlichkeit des kapitalistischen Produktionssystems zutage. Und wir haben die feste Ueberzeugung, daß, wenn jetzt die Gewerbeordnungsbehörde, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen, zur Verhandlung käme, das organisierte Unternehmertum, trotz der offenkundigen Tatsache, daß es schon aus volkswirtschaftlichen Gründen absolut geboten wäre, eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vorzunehmen, um solche Verdrüßlichkeiten des kapitalistischen Produktionssystems zu verhindern und trotz der Tatsache, daß das Unternehmertum eine weit größere Arbeitszeitverkürzung vornehmen muß, weil nicht genügend Arbeit vorhanden ist, — gegen diese geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit Sturm laufen würde. Das Unternehmertum will sich eben keine gesetzlichen Schranken auferlegen lassen. Es will ganz nach den Schwankungen der Konjunktur die Dauer der täglichen Arbeitszeit bestimmen. Ob dabei aber die Arbeiter bestehen können, das ist dem Unternehmertum völlig wurst. Befinden wir uns in aufsteigender Konjunktur, dann wird die Arbeitskraft der Arbeiter angepannt bis zum äußersten, wird die Produktion bis aufs höchste gesteigert, werden alle erdenklichen Kniffe und Schliche angewandt, um recht viele Aufträge hereinzubekommen; und dann, wenn die Konjunktur vorüber ist, wenn man geerntet hat, dann heißt es für die Arbeiter, nun habt Ihr eure Schuldigkeit getan, jetzt könnt Ihr gehen.

Noch nie hat die kapitalistische Produktionsweise in der deutschen Textilindustrie eine solche verheerende Wirkung verursacht, wie in den letzten Jahren der Hochkonjunktur. Wir haben schon des öfteren darauf verwiesen und Tatsachen dafür beigebracht. Zur Erlangung größtmöglicher Kenntnisse auf dem Wirtschaftsbereich unserer Industrie ist es aber für unsere Mitglieder gut, wenn ihnen auch die Ansichten der gegnerischen Seite, d. h. die Ansichten von Leuten, die auf dem Boden des privatkapitalistischen Produktionssystems stehen, unterbreitet werden. Solche Ansichten aus gegnerischem Lager über die Beurteilung der Lage in unserer Industrie haben bei uns um so höheren Wert, wenn die Tatsache besteht, daß sie sich mit unseren Ansichten decken. Unsere Verbandsfunktionäre werden bei Verhandlungen mit den Unternehmern schon häufig die Erfahrung gemacht haben, daß man ihnen bezüglich gewisser konkreter Erscheinungen im Wirtschaftsleben unserer Industrie alle möglichen Märchen aufzubinden sucht, um ihnen die Unmöglichkeit der Gewährung gestellter Forderungen oder die Notwendigkeit vorzunehmender Lohnreduzierungen zu „beweisen“. Da gilt es für unsere Kollegen, beschlagen zu sein, um die märchenartige Phantasie jener Unternehmer in die nackte Wirklichkeit zurückzusehen. Und diesem Zwecke dürfte ein Artikel dienen, den ein Herr Benas Leby in Berlin in der Nr. 24 des „Confectionair“ veröffentlicht. Herr B. Leby bedauert zunächst, daß die Hoffnung, der fünfte internationale Baumwollkongress, der vom 1. bis 3. Juni d. J. in Paris tagt hat, werde eine einheitliche Betriebsbeschränkung für alle der internationalen Gemeinschaft angehörenden, Baumwolle verarbeitenden Länder beschließen, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wir haben schon gleich, als dieser Gedanke auftauchte, gesagt, daß es dazu nicht kommen wird. Die englischen Baumwollspinner sind doch nicht so töricht, den deutschen Spinnern aus der Patzche zu helfen, in welche sie sich durch ihr auf die Täuschung der Abnehmer berechnetes Geschäftsgebahren — Vorspiegelung einer Garnnot und langfristiger Aufträge — gebracht haben. Gerade diese Vorspiegelung der angeblich langfristigen Aufträge, durch welche die Webereien dann tatsächlich zu langfristigen Garnabschlüssen gedrängt wurden und durch welche sich auch die Käufer der rohen Webwaren, die Ausrüster, zum Abschluß langfristiger Aufträge animieren ließen, hat die ganze deutsche Baumwollindustrie in Grund und Boden ruiniert und jedes Vertrauen in die geschäftliche Ehrlichkeit der Garn- und Gewebehersteller erschüttert. Herr B. Leby sagt darüber in seinem beachtenswerten Artikel folgendes:

„Im Laufe eines halben Jahres hat sich die Situation der Baumwollwarenbranche gründlich verändert. Während sie

noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres „himelhoch jauchzend“ sich befand, ist sie seit Beginn dieses Jahres „zu Tode betäubt“. Nicht aber nur deswegen, weil die Preise zurückgegangen sind, denn nach der gemaltigen Aufwärtsbewegung war eine Abschwächung unvermeidlich, sondern wegen des unerwartet großen Rückganges, der eingetreten ist, und wegen der bedauerlichen Begleiterscheinungen, die die scharfe Reaktion gezeitigt hat. Als im „Confectionair“ die Sturmwarnung des Herrn James Simon erschien, verhalte die wohlgemeinte Mahnung. Noch war der Himmel klar und keine trübe Wolke war am Horizont zu entdecken. Es schien, als ob keine Woge und Welle die Weiterfahrt des stolzen Baumwollschiffes stören könnte. Die „Warnung“ war um ein halbes Jahr zu früh erschienen. Wäre sie im Mai oder Juni 1907 erfolgt, sie hätte manchen Ausrüster zurückgehalten, die Kontrakte für das dritte und das vierte Quartal 1908 zu den allerteuersten Preisen mit den Webereien einzugehen, und sie hätten bewirken können, daß die allergrößten Verluste manchem erspart geblieben wären. Heute erscheint es als ein Leichtsinns sondergleichen, daß die Ausrüster sich auf zwei Jahre hinaus mit Rohware versorgt haben, aber sie wurden von den Webereien förmlich dazu gezwungen. Wurde doch im Jahre 1907 von einer großen süd-deutschen Weberei den Ausrüstern nicht das ganze Quantum bewilligt, das sie für das vierte Quartal 1908 von ihr kaufen wollten! — Für das dritte Quartal 1908 war damals bei keiner Weberei auch nur ein Stück zu haben.

Und zu welsch horrenden Preisen haben die Spinnereien und Webereien damals verkauft. Es kann ihnen der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie den Vogen zu straff gespannt haben und daß sie die Konjunktur über Gebühr ausnützten. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß die Engländer die tausend Stücke Rohware an die Ausrüster bezogen? Die Preise der englischen Rohware zusätzlich niedrig und billiger als die damaligen Forderungen der deutschen Webereien. Dabei lieferten die Engländer in zwei bis drei Monaten, während unsere Webereien nur auf 1 1/2 Jahre hinaus verkauften. Das Risiko war also bei Vereinnahme der englischen Rohware ein wesentlich geringeres, und die Angebote der Engländer mußten von den Ausrüstern angenommen werden.

Diese Käufe großer Kosten englischer Rohware gaben den ersten Anstoß, die Haufe ins Wanken zu bringen, denn es zeigte sich, daß die Forderungen der deutschen Webereien unbedeutend hoch gewesen sind.

Kein Ausrüster war in der Lage, auf die von ihm unter dem Zwange der Verhältnisse bewilligten Rohpreise seine Verkaufspreise einzurichten. Jeder hoffte, daß dies in Zukunft möglich sein würde — und daß die Haufe noch lange andauern würde. Es kam aber anders! Das allgemeine Geschäft wurde schwächer und geringer, die unglückigen Witterungsverhältnisse verminderten den Absatz bei den Detailleuten, die Druckereien behielten große Kosten übrig und, last not least, die vielen gewaltigen Verluste an bedeutenden Konkursen brachten das Vertrauen ins Wanken. Die soeben ersiehene Konkursstatistik für das erste Vierteljahr 1908 bringt hierfür die bestättigenden Zahlen. Im Januar-Februar-März 1908 wurden in Deutschland nicht weniger als 2635 Konkursverfahren eröffnet gegen 2063 im Jahre 1907 mithin 27,7 Prozent mehr!

Bei diesen wesentlich schlechter gewordenen Geschäftsverhältnissen kamen die Baumwollwarenausrüster in die ungünstigste Lage. Sie müssen die Kontrakte, die sie mit den Webereien abgeschlossen haben, erfüllen, sie müssen Unmengen von Rohwaren zu teueren Preisen hereinnehmen und sind gezwungen, wenn sie neue Abschlüsse zustande bringen wollen, zu Tagespreisen, d. h. mit großen Verlusten zu verkaufen. Das Schlimmste aber ist, daß alle die Kontrakte, die sie mit ihren Kunden früher abgeschlossen haben, null und nichtig sind. Ist dies nicht die größte Ungerechtigkeit, die sich überhaupt denken läßt? Auf der einen Seite muß der Ausrüster die von ihm eingegangenen Verpflichtungen bis auf den letzten Punkt erfüllen, wenn er auch viele tausend Mark dabei einbüßt — auf der andern Seite muß er seinen Kunden den ganzen Verlust abnehmen, wenn er die Kundenschaft sich erhalten will.

Das ist ein Krebschaden in der deutschen Baumwollwarenbranche, wie er sonst in keiner anderen Branche üblich ist und auf die auch ein englischer Baumwollwarenfabrikant niemals eingehen würde.

Wenn wieder ein jener kapitalistischen Hehlblätter vom Schlege des „Wirkwaren-Markts“ die Behauptung aufstellen wird, die Leiter der Arbeiterorganisationen hätten keine Kenntnis von den Existenzverhältnissen unserer Industrie, so werden wir ihm diese Ausführungen des Herrn B. Leby unter die Nase halten. Wir werden ihm zeigen, wie durch einen solchen raschigierigen Egoismus die Unternehmer in der deutschen Baumwollindustrie selbst die ausländische Konkurrenz großziehen und die heimische Industrie enorm schädigen.

Und dann, wenn diese Schädigung in Erscheinung tritt, dann sind es allemal die Arbeiter, welche die Beche bezahlen sollen. Dann kommt man mit Lohnreduzierungen auf der ganzen Linie, um auf Kosten der Existenz der Arbeiter den durch die Raschigier der Unternehmer verursachten Absatzmarkt mit Schleuderpreisen wiederzugewinnen.

Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Diesem schändlichen Treiben müssen wir mit der größten Entschiedenheit Einhalt gebieten! Im Jahre 1907 haben die Aktiengesellschaften in der deutschen Baumwollindustrie im Durchschnitt 14 Prozent Dividende gezahlt, gegen 11 Prozent im Jahre 1906. Eine große Anzahl Aktiengesellschaften zahlte eine Dividende von 15 bis 30 Prozent und darüber. Vermögen über Vermögen haben

die Kapitalisten aus dem Fleiß der Arbeiter gezogen; und zum Dank dafür kürzt man ihnen jetzt die Löhne und schmälert auf jede sonstige Weise ihre magere Existenz. Das sind ungerechte, zum Himmel schreiende Zustände! Gegenüber diesen Zuständen Front zu machen, erfordert der Selbsterhaltungstrieb der Textilarbeiter. Vor allen Dingen gilt es jetzt, den Arbeitern die Schädlichkeit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise vor Augen zu führen und in eine lebhaft propagandistische für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, um mehr Stabilität in die Warenerzeugung zu bringen. Die Textilarbeiter müssen jetzt, soweit sie nicht schon zu dieser Erkenntnis gekommen sind, zu der Erkenntnis gebracht werden, daß, wie die hier gezeigten Folgen des privatkapitalistischen Produktionssystems bewiesen haben, es im Interesse der Allgemeinheit liegt, daß einem in geschäftlicher Beziehung nur auf seinen augenblicklichen Vorteil bedachten Unternehmertum, einem Unternehmertum, welches, wie Figura zeigt, auf die Interessen der Allgemeinheit nicht die mindeste Rücksicht nimmt, die Produktion aus der Hand genommen wird. Wir erinnern hier in die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Hise, der in seinem Werte: „Kapital und Arbeit“ sagt:

„Es ist ein unerträglicher Zustand: die Arbeitsmittel unbenutzt liegen sehen und die Arbeiter hungern und müde. Das ist offenbar ein ungesundes Verhältnis, das ist das Verhältnis von Arbeit und Kapital auf den Kopf stellen. Wenn das unsere Gesellschaft nicht ändern kann, dann ist sie wert, daß sie zugrunde geht.“ In Zeiten des Aufschwungs: zu wenig Kapital und zuviel Arbeit. Es muß ein Ausgleich möglich sein, und wenn kein anderer gefunden wird, so müssen wir den des „Sozialismus“ akzeptieren: Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt.“ (S. 50.)

Gewiß, das ist ein unerträglicher Zustand, und die Textilarbeiter haben in allererster Linie begründete Ursache, alles zu tun, was dazu beitragen kann, diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen und dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

### Haben wir zum Rückzug geblasen?

Der „Wirkwarenmarkt“ in Chemnitz behauptet es, und zwar auf Grund unseres Artikels in Nr. 24 „Das Drama im Wirtzgebiet des sächsischen Erzgebirges“, den er verächtlich ein Elabocart nennt, dennoch aber als eine programmatische Veröffentlichung des Textilarbeiterverbandes ansieht. „Wir haben aber“, schreibt er, „keine Veranlassung, im einzelnen nachzuweisen, was in dieser programmatischen Veröffentlichung des Textilarbeiterverbandes sachlich richtig oder in der üblichen verdrehten und verlogenen Manier, mittels deren die Strumpfwirkerarbeiter an der Nase herumgeführt werden, dargestellt wird, denn wir schreiben nicht im Solde irgendeiner politischen Partei, sondern dienen dem kulturell höheren Interesse unserer Wirkwarenindustrie.“

Wir müssen gestehen, daß wir noch niemals mehr gerührt waren als in dem Moment, wo wir diesen Herzenserguß des „Wirkwarenmarkt“ gelesen hatten.

Also nicht im Solde einer politischen Partei steht der „Wirkwarenmarkt“, wenn er die Unternehmer gegen die Arbeiter aufhetzt und ihre Führer verleumdet. Das war unsere Meinung stets und wir haben immer nur angenommen, daß der „Wirkwarenmarkt“ bei seiner Hege gegen die Arbeiter und uns selbst nur die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer vertritt. Der Umstand aber, daß er besonders zu betonen für nötig hält, er schreibe nicht im Solde einer politischen Partei, macht uns stutzig und erschüttert unseren Glauben an sein wirtschaftliches Nurinteresse. Er will aber auch nicht einmal ein solches betonen, sondern nur „das kulturell höhere Interesse unserer Wirkwarenindustrie“. Und dieses sucht er durch fortwährende Schürung des Kampfes zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum wahrzunehmen. Eine nette „Kulturförderung“, die, anstatt dem wirtschaftlichen Frieden das Wort zu reden, den wirtschaftlichen Krieg in einem fort schürt und so dazu beiträgt, daß die Wirkwarenindustrie ohne dauernden Schaden kaum aus dem Kampfe hervorgehen kann, wenn die in Betracht kommenden Unternehmer nicht bald nachgeben.

Doch kommen wir auf die Titelfrage zurück. Der „Wirkwarenmarkt“ zieht aus unserem Artikel in Nr. 24 als „Programm des Textilarbeiterverbandes“ den Schluß:

„Obgleich nur ein verhältnismäßig geringer Teil von Verbandsmitgliedern des Textilarbeiterverbandes der Aussperrung verfallen ist, bläst die Leitung des „Textilarbeiters“ zum Rückzug und möchte die Fabrikanten zum Frieden bestimmen mit der Drohung, daß bei Wiedereintritt besserer Ge-

schäftslage sofort wieder gestreift wird. Es ist dies ein Beweis, wie sehr der Zusammenschluß der Arbeitgeber gefährdet ist. Es ist aber auch ein Beweis dafür, daß die vielen „Millionen“, die den Arbeitern als Besitz des „Textilarbeiters“ vorgehalten worden sind, nicht existieren, daß es mit der Kasse des Textilarbeiterverbandes schlecht bestellt sein muß.“

Mit dem Begriffsvermögen des „Wirkwarenmarkt“ muß es schlecht bestellt sein, wenn er unseren Artikel so auffaßt. Kein Wort haben wir geschrieben, das die Auffassung zuließe, wir wollten die Fabrikanten im Interesse der ausgesperrten Arbeiter oder unserer Organisation „zum Frieden bestimmen“. Wir haben lediglich den Fabrikanten in ihrem eigenen Interesse nahegelegt, daß sie die Kosten eines weiteren Widerstandes selber zu tragen hätten und deshalb klug handeln würden, wenn sie heizigen nachgäben. Unseren kämpfenden Kollegen haben wir dabei geraten, mit uns gemeinsam eine andere Kampfstrategie als die bisherige zu befolgen, wenn, wie angekündigt war, auch die Kampfstrategie der Fabrikanten eine andere werden würde. Diese hatten bekanntlich angekündigt, die Aussperrung würde auf das thüringische Gebiet ausgedehnt werden, wenn die Arbeiter sich nicht bedingungslos unterwerfen würden. Das ließ die Vermutung aufkommen, die Unternehmer wollten auf diese Weise unsere Kasse sprengen. Dabei ruhig stillzuhalten, würden wir wenig Neigung haben. Sollte sich also eine andere Kampfstrategie notwendig machen, so glauben wir der Zustimmung der kämpfenden Arbeiter dazu sicher zu sein. Ob wir nun Hunderttausende oder Millionen haben — die Kampfkasse zu schonen haben wir immer Veranlassung und wir würden uns nichts vergeben, wenn wir die Fortsetzung des Kampfes in dem Augenblick vertagten, wo das vereinigte Unternehmertum ihn möglichst auszudehnen wünscht. Wir kämpfen dann, wenn das Unternehmertum den Kampf nicht wünscht. Dem „Wirkwarenmarkt“ gefällt natürlich eine solche Kampfstrategie nicht, was für uns ein Beweis dafür ist, daß wir es gerade so und nicht anders machen müßten, wenn die Unternehmer es in der Tat wagen würden, das Kampfgebiet noch zu erweitern. Wie es indes scheint, leitet man den treibenden Kräften in der Aussperrung aber keine Folge und wir brauchen dann auch unsere Kampfstrategie nicht zu ändern. Das haben wir um so weniger notwendig, je mehr die scheinbare Einigkeit der Aussperrungsfabrikanten in die Brüche geht. Daß dies der Fall ist, zeigt das krampfhafteste Bemühen des „Wirkwarenmarkt“, die kämpfenden Arbeiter wandend und uneinig zu machen und sie auf diese Weise zum Nachgeben zu bewegen.

Wie wenig Aussicht auf Erfolg ein solches Beginnen hat, kann der „Wirkwarenmarkt“ aus unserem Artikel „Zur Lage im erzgebirgischen Kampf“ in dieser Nummer ersehen; die ausgesperrten sehen wie die Mauern.

Wir wollen aber unseren Lesern doch zeigen, mit wie gemeinen und niederträchtigen Mitteln der „Wirkwarenmarkt“ seinen angeblichen „Kulturkampf“ führt. Er weist zunächst darauf hin, daß unser Verband in führender Stellung einen Mann beschäftigt, dem dauernd die Fähigkeit, als Zeuge zu fungieren, durch gerichtliches Urteil abgesprochen worden sei. Dem „Wirkwarenmarkt“ wird natürlich Gelegenheit gegeben werden, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen, sein Geschreibsel wird aber nicht den Erfolg haben, daß die kämpfenden Arbeiter ihr Vertrauen zu ihrem Führer Reichelt — denn dieser kann nach Lage der Dinge nur gemeint sein — verringern; sie wissen besser als der „Wirkwarenmarkt“, daß Reichelt unter der Herrschaft des schandbaren Sozialistengesetzes unter Umständen zu einer allerdings nicht gerade gewöhnlichen Strafe gekommen ist, daß seine Ehre durch sie nicht im geringsten berührt worden ist. Dem „Wirkwarenmarkt“ wird vor Gericht klargemacht werden, daß Reichelt die Ehrenhaftigkeit seiner Gesinnung selbst vor dem Gericht, das ihn nach dem kalten Buchstaben des Gesetzes verurteilen mußte, nicht abgesprochen werden konnte. Deshalb ist ihm auch nicht die Fähigkeit, als Zeuge zu fungieren, abgesprochen worden, nicht einmal auf kürzere Zeit, geschweige denn für dauernd, wie es der „Wirkwarenmarkt“ behauptet. Seine Lüge wird sich als recht kurzweilig erweisen.

Weiter behauptet der „Wirkwarenmarkt“, es sei den Textilarbeitern etwas von vielen Millionen als Besitz des Textilarbeiterverbandes vorgehalten worden. Leider sagt er nicht, wer der Lügner war und in welchen Reihen derselbe zu suchen ist. Da keine der leitenden Personen im Verbande sich in letzter Zeit über das Verbandsvermögen ausgesprochen hat, wird auch die Millionenlüge nicht ziehen. Was wahr ist an der Behauptung, daß die Verbandsleitung der Mitgliedschaft keine Rechnung zu legen brauche, wissen die Mitglieder selbst und sie werden nicht verlangen, daß wieder eine öffentliche Rechnungslegung in der Form erfolge, daß Blätter vom Schlage des „Wirkwarenmarkt“ danach ihren „Kulturkampf“ einrichten können. Die faulstüchtige Lüge, daß es den Vertrauensleuten in den einzelnen Betrieben gestattet sei, fast den vierten

Teil der Mitgliederbeiträge in die eigene Tasche zu stecken, wird die Vertrauensleute in recht angenehmer Stimmung berücken, denn sie wußten bisher von diesem ihrem Rechte noch gar nichts. Natürlich werden sie nun ihre Forderungen auf mehrere Jahre zurück beim Verbands einreichen, und wenn ihnen dieser die Begleichung verweigert, wird sich vielleicht der „Wirkwarenmarkt“ ihrer erbarmen.

Bei solchen Proben von Wahrheitsliebe wird es dem „Wirkwarenmarkt“ in seinem „Kulturkampf“ auch nichts nützen, daß er die Arbeiter mit der Bemerkung vom Verbands wegzuloden sucht: „Daher auch das immerwährende Bestreben, den Arbeitern höhere und immer höhere Beiträge abzuloden.“

Das ist für den „Wirkwarenmarkt“ so betäubend, daß er meint:

„Die Wirkwarenfabrikanten werden aus den Ereignissen der letzten Jahre ihre Lehren ziehen und keine Lieferungsverbindlichkeiten ohne die „Streitklausel“ mehr übernehmen, werden künftigen Streiks ebenso geschlossen entgegenzutreten haben wie sie es jetzt tun. Sie werden sich vor allen Dingen hüten müssen, die Produktion in so ungemessener Weise zu vergrößern, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. Nur dadurch wird es möglich sein, dem Ansturm der sozialdemokratischen Zukunftstheorien ein wirksames Paroli zu bieten und sie zu einigermaßen Bescheidenheit (man beachte das wunderbare Deutsch! D. R. des „T.“) zu nötigen.“

Auf eins noch möchten wir hinweisen. Nichts ist mehr geeignet, die Stellung der sächsischen Wirkwarenindustrie auf dem Weltmarkt zu erschüttern, als die demoralisierende Wirkung der sozialistischen Agitation in den Fabriken, die ein arges Pfuschertum großgezogen hat, die systematisch auf Scherabdrückung der Produktion und Lieferung mangelhafter Arbeit hinarbeitet.

Es möge kein Fabrikant verkümmern, die intransigenten Elemente aus seinem Betriebe zu entfernen, die wenige und mangelhafte Arbeit liefern, die mit den ihnen anvertrauten wertvollen Materialien gewissenlos umgehen und dem jungen Nachwuchs ihr Gift einimpfen.

Die Zeit dafür ist gekommen.“ Um die Sache der aussperrenden Unternehmer muß es sehr schlecht stehen, wenn sie mit so perfiden Mitteln verteidigt werden muß. Das kann die kämpfenden Arbeiter nur ermutigen, auszuhalten in dem ihnen aufgezwungenen Kampf, bis die Fabrikanten zu Konzessionen bereit sind.

Und den Textilarbeiterverband werden sie nun um so mehr zu kräftigen suchen, da ihnen so deutlich gesagt worden ist, daß man es auf nichts geringeres abgesehen hat, als auf seine Vernichtung. Den Textilarbeiterverband zu verlassen, will man sie durch diese plumpe Drohung mit Entlassung zwingen. Denn darüber besteht ja kein Zweifel: organisierte und politisch tätige Arbeiter sind in der Regel die zuberlässigsten; das haben wir oft genug aus Unternehmermunde gehört. Mit dem Bemühen, es jetzt anders darzustellen, will der „Wirkwarenmarkt“ dem Fabrikantentrotz nur ein Motiv für die geplante an die Arbeiter zu stellende Bedingung schaffen, außer auf die früheren Löhne auch auf die Zugehörigkeit zur Organisation zu verzichten.

Die Arbeiter würden damit in nie vorher gekanntem Maße der Laune und Willfür des Unternehmers preisgegeben werden. Dies wissend, werden sie sich höchstens dafür bedanken, die Stelle ihres eigenen Senders zu übernehmen. Und wenn das nicht geschieht, werden die verhehten Fabrikanten bald ihre Forderung der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit fallen lassen müssen, womit übrigens dem kulturell höheren Interesse der Wirkwarenindustrie, das der „Wirkwarenmarkt“ angeblich wahreren will, dermaßen gedient wäre, daß dieser sich seiner verkehrenden „Kulturarbeit“ für die Wirkwarenindustrie ohne Schaden für diese auf die Dauer enthalten könnte.

Vielleicht legt der „Wirkwarenmarkt“ diese unsere Darlegungen auch wieder als ein Blasen zum Rückzuge aus; jeder andere Leser wird darin nur die Aufforderung an die Fabrikanten sehen, den Rückzug anzutreten. Verfolgen sie diesen Artikel und unsere sonstigen Auslassungen über die Bewegung in dieser Nummer, so werden sie selber einsehen, daß ein baldiger Rückzug für sie unermesslich ist, wenn sie sich vor nie gutzumachendem Schaden bewahren wollen.

### Zur Lage im erzgebirgischen Kampfgebiet.

„Vor Thalheim nichts Neues“, so könnte man ja eigentlich berichten, wenn man oberflächlich sein wollte. Denn was das äußere Bild des Kampfplatzes anbetrifft, so hat es sich gegenüber der Vorwoche nicht verändert. Wie die Mauern stehen die

### Monatsrevue über das Textilgewerbe.

Der Reichsbankdiskont, d. h. der Zinsfuß, den die Reichsbank festsetzt und in Abzug bringt, wenn sie für noch nicht fällige Wechsel, deren Nennwert bar auszahlt, ist im Laufe des zu Ende gehenden Monats wiederum um ein halbes Prozent heruntergegangen und steht nun auf 4 1/2 Prozent. Diese Erleichterung auf dem Geldmarkt bleibt aber auf den Geschäftsgang in der Textilindustrie ohne nennenswerten, günstigen Einfluß. Denn die Geschäftstodung, die hier besteht, hat ihre Ursache in der Ueberproduktion. Die Kaufkraft der Konsumenten ist erschöpft, ja, ist infolge der Arbeitslosigkeit im Rückzuge begriffen, während alle Kanäle des Groß-, Zwischen- und Detailhandels mit Waren verstopft sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Aufwärtsbewegung der Preise auf einigen der bedeutendsten

#### Rohstoffmärkte

den Geschäftsgang der garnverbrauchenden Branchen unserer Industrie nicht belebt. Wir sagten das übrigens schon in unserer letzten Monatsrevue voraus; und die inzwischen eingetretenen Tatsachen haben unsere Ansicht voll und ganz bestätigt. Weder ins Woll- noch ins Baumwollgeschäft ist regeres Leben gekommen. Wir sehen im Gegenteil, daß die Abnahme der Produktion immer weitere Kreise zieht. Man hat eben noch kein Vertrauen in die Festigkeit der aufwärts gehenden Preise. Und man hat auch keine guten Gründe dafür. Denn was den

#### Rohwollmarkt

anbetrifft, so steht fest, daß man bei der letzten Londoner Wollauktion von den 264 000 Ballen, die auf der Liste standen, 80 000 Ballen = 34 Prozent der Gesamtzufuhr zurückgehalten hat. Diese 80 000 Ballen stehen nun wie ein gefährdendes Umlager am Horizont. Der Kaufmann muß heute damit rechnen, daß ein erheblicher Ueberschuß an Rohwolle vorhanden ist, der die Möglichkeit gemährt, die Preise wieder herunterzudrücken. Die Situation auf dem Rohwollmarkt ist also noch keineswegs geklärt.

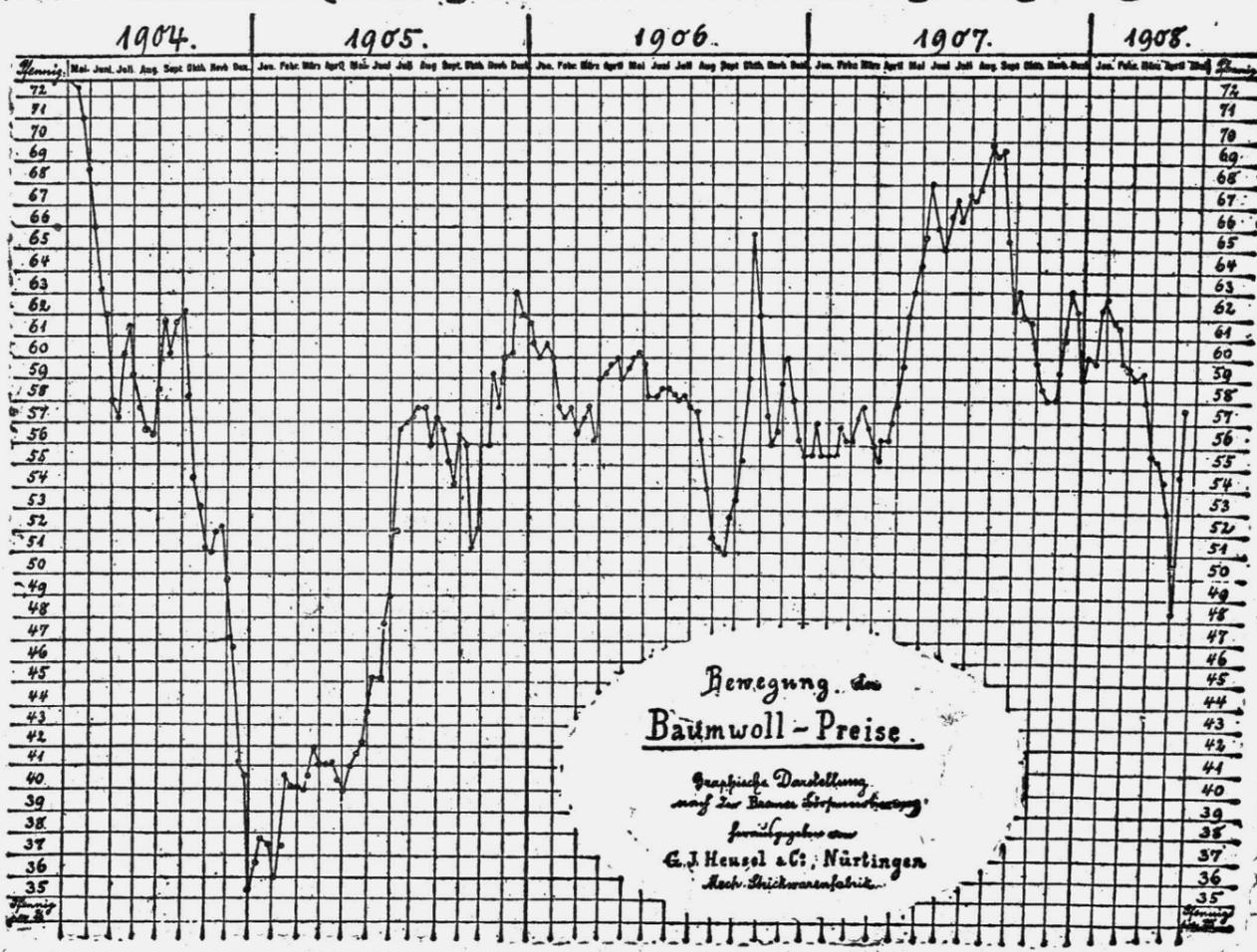
Noch unklarer aber liegen die Verhältnisse auf dem

#### Rohbaumwollmarkt.

Wenn auch hier die Preise etwas in die Höhe gingen, so kann man doch im gegenwärtigen Zeitpunkt keine zuverlässigen Schlüsse für die Zukunft, nicht einmal für die allernächste Zukunft, daraus ziehen.

Die Preisbewegung der Baumwolle ist gar sehr großen Schwankungen unterworfen. Die Firma G. J. Heusel u. Co., Mech. Strickwarenfabrik, in Nürtingen (Württemberg) hat kürzlich ein Zirkular an ihre Abnehmer versandt, dem sie zur besseren Beurteilung der Verhältnisse eine graphische Darstellung

### Wie die Baumwollpreise gefallen und wieder langsam gestiegen sind.



geschürigsten Arbeiter und Arbeiterinnen festgefügt zusammen und bieten den Scharfmacherproben in Chemnitz trotzig die Stirn. Es ist inzwischen bekannt geworden, mit welchem sauberen Plan sich die Chemnitzer Scharfmacherstrategen tragen. Auf 4 Wochen hatte man die Aussperrung der Arbeiter berechnet; die „Wirkzeitung“ spricht von ungefähr sechs Wochen. In dieser Zeit hoffte man die Arbeiter unterdrückt zu haben. Höhnend verkündete die Scharfmacherpresse schon die Siegesbulletins, indem sie hervorkehrte, daß die Organisation infolge der Aussperrung wöchentlich 70- bis 80 000 Mk. bezahlen müsse. Da hat man also geglaubt, in zirka sechs Wochen ist Schluss. Dann wollte man die Organisation kassieren. Die Arbeiter sollen nur eingestellt werden, die eine Bescheinigung bringen, daß sie aus der Organisation ausgestiegen sind. Ja, was glauben denn die Leiter der Unternehmerorganisation eigentlich von den Arbeitern? Glauben sie denn wirklich in ihrem Wahne, die Verhältnisse um 50 Jahre zurückzubringen zu können? Na, sie werden samt den in die Aussperrung gekehrten Unternehmern ihr blaues Wunder erleben. Die Bewegung der Wirkzeitarbeiter ist keine gewöhnliche Streikbewegung mehr; sie ist eine Volksbewegung. Das Proletariat der Chemnitzer Scharfmacher hat die Volkseele im Gebiete der erzgebirgischen Wirkwarenindustrie zum Auflockern gebracht. Und die nichtswürdige Zumutung, den ehrsam Arbeitern und Arbeiterinnen die politischen Rechte, ihnen das Koalitionsrecht zu rauben, hat die Entzückung aufs Höchste gesteigert. Da sind die Herren Scharfmacher einmal an die falsche Adresse geraten. Dem Schicksal, dorthin selbst ausfließen zu müssen, was sie jetzt eingebrocht haben, entgehen sie diesmal nicht, oder nur dann, wenn mit den Arbeitern Frieden geschlossen wird. Denn ihre Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, der sie seither so wirkungsvoll unterstützt hat, werden sie nicht verlassen, mag es nun kommen, wie es komme. Denn wir können nur wiederholen, daß sich der permanente Krieg entwickelt, wenn mit den Arbeitern nicht ein annehmbarer Friede geschlossen wird. Und wer dann die Verluste zu tragen haben wird, das ist nicht schwer voraus zu sehen.

Inzwischen lachen sich diejenigen Fabrikanten, die nicht der Fabrikantenorganisation angehören oder die, der Organisation angehörig, ihre Arbeiter aber nicht ausgesperrt haben, ins Häuflein, daß sie jetzt nach der flauen Zeit ungestört in die Winteraison eintreten können. Ein Unternehmer hat seine Arbeiter, doch zu erklären, daß sie nicht organisiert seien, damit er erst keine Störung des Betriebes erleide. Na, und die Arbeiter taten das; natürlich ohne aus der Organisation auszutreten. Andere Fabrikanten, die ihre Arbeiter nicht ausgesperrt haben, richten im stillen den Appell an die Aussperrten, nur ja auszuhalten. Sie rechnen offenbar damit, daß sie länger die Verblendung der Scharfmacher anhängt, um so größer der geschäftliche Vorsprung ist, den sie gegenüber den in die Aussperrung verwickeltesten Konkurrenten erlangen werden. Und das ist gar keine schlechte Kalkulation. Die Zeit, wo die Bestellungen für die Winteraison in Angriff genommen werden müssen, ist nun allmählich herangekommen. Die „Wirkzeitung“ spricht zwar davon, daß die Monate Juli-August tote Monate seien; indessen, das ist nur eine Fressfährung. Die Winteraison verstrich durchaus nicht so ungünstig zu werden, wie man das immer hinstellt. Denn wir hatten in den letzten 15 Monaten fast 10 Monate Winter und da ist sehr viel geräumt worden. Der Kaufmann will aber im September sein Lager kompliziert haben, und da macht uns doch die „Wirkzeitung“ nicht weiß, daß man im September erst mit der Anfertigung der Waren beginnt. O nein! Es ist immer klarer zu erkennen, daß die Chemnitzer Scharfmacher die erzgebirgische Wirkwarenindustrie in eine unheilvolle Situation gebracht haben. Je länger sie jetzt noch zögern, den Arbeitern die Hand zum Frieden zu bieten, je unheilvoller werden die Folgen. Denn wenn die Fabrikanten nicht bald ins reguläre Geschäft kommen, so geht ihnen die Saison verloren und damit sind sie ruiniert. Wir wissen ja nicht, ob dies nicht vielleicht die Absicht der Scharfmacher ist, aber wenn es auch nicht die Absicht ist, die Wirkung bleibt dieselbe. Das mag wohl auch die Veranlassung gewesen sein, daß sich verschiedene Unternehmer gegen die Aussperrung wehren. Sie sind natürlich jetzt ganz im Korbe.

Aus alledem ist also zu ersehen, daß die Chancen für die in die Aussperrung getriebenen Unternehmer recht unglücklich sind und von Tag zu Tag ungünstiger werden. Die „Wirkzeitung“ muß das jetzt selbst zugeben. Sie sagt, daß eine Schädigung industrieller Interessen jetzt nicht mehr zu umgehen sei. Damit soll gesagt sein, da es in den 4 bis 6 Wochen, für welche die Aussperrung festgesetzt war, und welche in die tote Saison fielen, nicht möglich war, die Arbeiter zu befriedigen, so muß ein weiterer Kampf, der in die regste Saison entfällt, die Interessen der Industrie schwer schädigen. Dafür bedankte man sich nur bei den „Schlaumeiern“ der Scharfmacher in Chemnitz.

Während so auf Seiten der Unternehmer immer mehr die fahen-jämmerliche Stimmung die Gemüter bedrückt, sind die ausgesperrten und streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen in begeisteter Kampfesstimmung. Am Dienstag, den 16. Juni, unternahmen sie einen großen Demonstrationzug nach Chemnitz, um den dortigen Scharfmachern ihren ungeborenen Kampfesmut zu befehlen. In den frühen Morgenstunden fanden sich die Opfer brutaler Unternehmervillkür zusammen, um den zirkel vierstündigen Marsch anzutreten. Im Volkshaus angekommen, entwickelte sich bald ein reges Treiben. Saal, Garten, Gaststube wurden von den zirka 3000 Aussperrten, Männlein und Weiblein, im Nu gefüllt. Nicht geringe Anforderungen waren es, die an das Volkshauspersonal gestellt wurden, aber die Arbeit wurde bewältigt, die riesige Menge war bald mit Speise und Trank versorgt und der gemüthliche Teil konnte beginnen. Ein Längchen, zu dem ebenfalls ausgesperrte Musiker aus dem Erzgebirge aufspielten, war schnell entriert. Gegen Abend wurde zum Aufbruch gerüstet, galt es doch, einen vierstündigen Rückmarsch anzutreten. — Hier hatte man Gelegenheit, zu beobachten, welch starkes Solidaritätsgefühl unter den Aussperrten herrscht. Frühen Mutes bliden sie in die Zukunft. Aus den Reihen der Streikenden und Aussperrten ist fast niemand abtrünnig geworden, die wenigen kommen nicht in Betracht, die können dem Unternehmertum nichts nützen. Das Gerüde der bürgerlichen Presse, daß Unlust unter den Arbeitern herrsche, ist nichts als Gesunkener. Die stramm organisierte Textilarbeiterschaft des Erzgebirges wird den ihr aufgezwungenen Kampf durchführen. An dem festen Zusammenhalt und der Treue zur Organisation der Arbeiter zerfällt die Macht des Unternehmertums.

### Noch einmal etwas über das metrische Garnnumerierungssystem.

Das metrische System der Garnnumerierungen beruht darauf, daß die verschiedenen Stärkegrade der Garne stets mit der Nummer bezeichnet werden, welche die Anzahl Meter bezeichnet, die aus einer gewissen Gewichtsmenge Rohstoff gesponnen worden ist.

Diese Gewichtsmenge soll ein aus der Teilung eines Kilos durch 1 oder 10 oder 100 sich ergebender Teil oder ein Kilo selbst sein. Je stärker das zu spinnende Garn selbst werden soll, um so schwerer wird auch die Gewichtsmenge sein müssen, die man für die Fadenbezeichnung zur Grundlage nimmt, denn um so weniger Meter wird man aus einer bestimmten Gewichtsmenge spinnen; je feiner aber der Faden ist, um so mehr Meter wird man aus einer bestimmten Gewichtsmenge spinnen, die Grundlage braucht hier also keine so breite zu sein, um auch von dem stärksten Gespinnst wenigstens ein Meter aus der bestimmten Gewichtsmenge spinnen zu können und dieses Gespinnst dann mit der Nummer 1 bezeichnen zu können.

Hiermit haben wir das fragliche System eigentlich schon veranschaulicht, denn der Leser wird sich nun selber schon die weitere Erklärung geben können, daß Garn, von dem man aus derselben Gewichtsmenge 2 Meter spinnst, Nummer 2 heißt usw.

Spinnt man also aus einem Gramm Rohseide einen Faden von einem Meter Länge, so ist das Nummer 1, spinnst man aus einem Gramm Rohseide einen Faden von 10 Meter Länge, so ist das Nummer 10. Kann man aber aus einem Gramm nicht wenigstens ein Meter der üblichen stärksten Garnsorten gewinnen, so muß man mit einer schwereren Gewichtsmenge beginnen und 10, 100 oder 1000 Gramm zum Ausgangspunkt der Berechnung und Numerierung machen. Man kann aber auch für alle Garnsorten mit einem Kilo beginnen und einfach das Garn danach benennen, wieviel Meter Garn aus einem Kilo Rohstoff gesponnen worden sind. Da dann aber auch von der stärksten Garnsorte stets mehr als ein Meter Garn aus einem Kilo gewonnen wird, würde man dann die Garnbezeichnung nie mit der Nummer 1 beginnen können.

Daher empfehlen sich für die Bezeichnungen der aus den verschiedenen Rohstoffen gewonnenen verschiedenen Garnstärken verschiedene Methoden, die aber, soll die Eintheiligkeit der Garnbezeichnung gewahrt werden, nur in den Gewichtsmengen, auf denen die Berechnung beruht, von einander abweichen dürfen, so daß man dazu kommt, stets die stärkste Garnsorte aller Gespinnstarten und aus allen möglichen Rohstoffen mit 1 bezeichnen zu können. Man kann aber auch, trotz der verschiedenen Gewichtsmengen, die man bei den verschiedenen Grundstoffen der Numerierungsmethode zugrunde legt, für jeden Grundstoff eine besondere Staffel von festbestimmten Nummern schaffen. Das System bleibt aber immer dasselbe: soviel Meter auf ein Kilo oder einen durch 1, 10 oder 100 teilbaren Teil davon, so hoch ist die Nummer des Gespinnstes.

Das Hauptbestreben der Verfechter des metrischen Garnnumerierungssystems ist aber nicht allein auf die Verallgemeine-

rung des metrischen Systems an sich gerichtet, sondern auch darauf, daß dieses System überall und in allen Ländern nach denselben Grundsätzen angewendet werde, so daß also eine gewisse Fadenstärke in Seide überall die gleiche Nummer führt und eine gewisse Fadenstärke in Jute gleichfalls. Nebenbei wird auch noch mit diesem System der Zweck verfolgt sämtliche Spinnereien zu veranlassen, die von ihnen gelieferten Garnmengen mit keinem andern Längenmaß als dem Meter zu versehen.

### Die Flucht in die Öffentlichkeit.

Unter dieser Epithete veröffentlichte bekanntlich der Braunschweiger „Volkshausfreund“ in seiner Nr. 37 vom 13. Februar d. J. einen Artikel, in dem gewisse Verhältnisse, die von beteiligten Arbeiterinnen als Mißstände empfunden worden waren, aus den Jutespinnereien in Braunschweig und Wehde veröffentlicht wurden. Dem Erscheinen jenes Artikels ging eine Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der Braunschweiger Fabrik beschäftigt wurden, voraus, in der unter anderem auch über „die traurigen Zustände“ in jener Fabrik gesprochen wurde. Das Referat hierüber hatte der Braunschweiger Geschäftsführer unseres Verbandes, Kollege König, er behandelte darin kritisch besonders das dort angewandte Strafsystem und das Verfahren einer Anzahl Aufseher dieser Fabrik, sowie des Inspektors derselben unter Nennung ihrer Namen. Darüber schrieb er dann einen Bericht und übergab ihn dem „Volkshausfreund“ zur Verwertung. König und der für den öffentlichen Bericht verantwortliche Redakteur Wefemeier wurden durch den Aufseher Oskar Jägermann wegen Beleidigung verklagt und in der Sitzung des Schöffengerichts zu Braunschweig vom 21. Mai d. J. wegen dieses Delikts beurteilt, und zwar König zu 50 Mk. und Wefemeier zu 150 Mk. Geldstrafe.

Da sie ihre Freisprechung erwarteten und noch erwarten, haben sie gegen dieses Urteil beim Landgericht Berufung eingelegt. In solchem Fall muß das Urteil nebst Begründung den Verurteilten schriftlich ausgefertigt gestellt werden. In dieser Form liegt es uns jetzt vor. Da es viel des Interessanten enthält, können wir es uns nicht versagen, es auszugsweise zum Abdruck zu bringen.

Es heißt darin, daß König zunächst bestraft gewesen sei, bei der Direktion auf Abhilfe hinzuwirken und erst, als er damit nichts erreicht hätte, habe er die erwähnte Versammlung einberufen. König habe von „derben Liebenswürdigkeiten“ und davon gesprochen, daß Arbeiterinnen, die sich diese Liebenswürdigkeiten nicht gefallen ließen und sich gewissen „Einladungen“ gegenüber reserviert verhielten, es nicht gerade gut hätten. Dem schriftlichen Bericht habe Wefemeier einen Zusatz angefügt, in dem es unter anderem heiße: „Den Arbeiterinnen würde in dem Jutebetriebe von gewissen Personen zugemutet, daß sie für den kärglichen Lohn neben ihrer Arbeitskraft auch noch ihre Ehre verkaufen sollten. Die bürgerliche Presse möge weiter die Fabrikbesitzer, die von diesen skandalösen Vorgängen in den Betrieben nichts wissen, öffentlich als ihrer Wohlthätigkeit loben; hinter dem Dunst, den sie verbreiten, befindet sich ein sittliches Elend, ein moralisch jammervoller Zustand, die Hölle für die anständigen Arbeiterinnen.“

„Der Angeklagte König,“ heißt es in der Urteilsbegründung weiter, „glaubt zwar, die Worte „derbe Liebenswürdigkeiten“ nicht gebraucht zu haben, er gesteht zu, von Einladungen gesprochen zu haben. Aus der Tatsache, daß er den Bericht über sein Referat selbst verfaßt hat, daß er vor der Ablieferung an den Mitangeklagten imstande gewesen wäre, etwaige Unrichtigkeiten zu berichtigen, folgert das Gericht, daß der Bericht auch in jenem Punkte zutreffend ist, und stellt demnach fest, daß er auch jene Äußerung gemacht hat. Die Angeklagten haben die Worte „derbe Liebenswürdigkeiten“ und „Einladungen“ nur in dem Sinne aufgefaßt sehen wollen, daß nach ihnen der Privatkläger sich nur grob unsittlicher Äußerungen gegen die Arbeiterinnen schuldig gemacht hätte. Nach dem Wortlaut der Äußerungen und ihrem Zusammenhang untereinander erscheint eine solche Auslegung unglücklich; es ist aus ihnen der Vorwurf zu entnehmen, der Privatkläger habe durch unsittliche Worte und Griffe die Arbeiterinnen zu geschlechtlichem Verkehr mit ihm gewinnen wollen. Daß dieser Vorwurf, auch abgesehen von der Frage, ob der Privatkläger derzeit noch verheiratet war oder nicht, insofern beleidigender Natur ist, als er einen Geschlechtsverkehr ohne gegenseitige Liebe und ohne Zustimmung der Dauer eines solchen Verhältnisses im Auge hat, ist ebenso zweifellos wie die Tatsache, daß beide Angeklagte sich des beleidigenden Charakters dieses Vorwurfs bewußt gewesen sind; ihr ganzes Vorgehen beruht nur auf der Annahme der Unsittlichkeit des dem Privatkläger vorgeworfenen Verhaltens. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, sind dem Angeklagten König die feinen Ausführungen zugrunde liegenden Mitteilungen aus der Mitte der Arbeiterinnen heraus gemacht, und zwar unter

über die Auf- und Abbewegung der Rohbaumwollpreise, vom Mai 1904 bis Mai 1908, beifügt. Wir haben geglaubt, diese graphische Darstellung unseren Mitgliedern nicht vorenthalten zu dürfen, um ihnen die Möglichkeit der besseren Uebersicht zu geben. Wir bringen diese Darstellung deshalb nebststehend zum Abdruck.

Zu dieser Darstellung erübrigt sich jedes weitere Wort, denn sie zeigt, daß wir recht haben, wenn wir sagen, daß im jetzigen Stadium der Baumwollversorgung aus der aufwärts gehenden Preisbewegung keine zuverlässigen Schlüsse gezogen werden können. Die an den Seiten obiger Darstellung befindlichen Zahlen enthalten in Pfennigen den Preis, der jeweils für ein englisches Pfund Baumwolle gezahlt wurde. Und wenn wir uns nun das Auf und Ab der Preisbewegung ansehen und uns ferner vergegenwärtigen, daß wir, nach den bisherigen Berichten zu urteilen, einer recht günstigen neuen Ernte in amerikanischer Baumwolle entgegengehen, so kann man es begreifen, daß der Kaufmann auf die gegenwärtige Aufwärtsbewegung der Preise auf dem Baumwollmarkt gar nichts gibt, sondern, namentlich, da seine Lager gut assortiert sind, ruhig abwartet, bis die in Aussicht stehende Ernte in Sicht ist. Diese Vorsicht ist jetzt besonders geboten, da die Spinnereien und Webereien die Kaufleute im vorigen Jahre mit völlig ungerechtfertigt hohen Preisen hineingelegt haben. Wer im August vor. Jz. wo der Rohbaumwollpreis auf 69 Pfg. pro engl. Pfund stand, unter Zugrundelegung dieses Preises Ware bestellte, die er vielleicht erst im März oder April d. Jz. wo der Preis pro Pfund Baumwolle inzwischen auf 48 Pfg. herabgegangen war, zum Zwecke des Verkaufs brauchte, der hat imminens Geld verloren. Im vorigen Jahre sagte man in Unternehmungskreisen immer: sollten auch die Preise zurückgehen, so werden wir den Druck aufhalten und durch Halten der Preise die Abnehmer unserer Waren vor Verlusten schützen. Heute, im Zeichen der „Angstverkäufe“, die selbst der Verband sächsisch-thüringischer Webereien bei seinen Mitgliedern nicht verhindern kann, sehen die Kaufleute, daß sie von ihren Lieferanten im Stich gelassen werden, und die Verurteilung auf dem Warenmarkt wird dadurch immer größer.

Die Folge dieser Verurteilung, nämlich die Zurückhaltung neuer Aufträge, tritt daher immer mehr in Erscheinung. Zahlreiche neue Produktionsbeschränkungen werden aus allen Teilen des Reiches gemeldet. In den

#### Baumwollspinnereien

liegt die Beschäftigung offenbar sehr verschieden. Im Elsaß ist der Beschäftigungsgrad in den Spinnereien noch befriedigend. Dagegen schlägt der Kommerzienrat Herr Semlinger, Bamberg, für die süddeutsche Spinnerei- und Webereindustrie vor, die Arbeitsräume zeitweilig zu schließen. Er verweist dabei auf England, wo eine vorläufige Schließung für 117½ Stunden vorgezogen ist. Das würde, auf Süddeutschland an-

gewandt, einer Schließung der Betriebe auf 14 Tage gleichkommen. Ob man diese Schließung hintereinander oder nur durch eine beträchtliche Arbeitszeitverkürzung vornehmen will, davon verlaute noch nichts. Herr Semlinger kann auch nicht sagen, ob alle Spinnereien damit einverstanden sein werden; er ist vielmehr der Ansicht, daß eine Minderheit dagegen sein wird. Im Rheinland sind es besonders die Spinnereien in Aheydt, welche gern eine Produktionsbeschränkung vornehmen möchten. Sie stoßen aber bei den kapitalstärksten Unternehmungen auf Widerspruch. Nun, und von den Spinnereien in Sachsen ist ja bekannt, daß sie, soweit Webgarne in Betracht kommen, für keine Produktionsbeschränkung zu haben sind. In den

#### Kammgarnspinnereien

erhofft man ja nach dem Steigen der Wollpreise einen regeren Geschäftsgang. Aber was auf diese Hoffnung zu geben, das haben wir ja schon bei der Beurteilung des Rohstoffmarktes gesagt. Solange eben das Geschäft nicht von unten herauf, das heißt durch steigende Nachfrage vom Konsumenten aus, zum Fortschritt gezwungen wird, solange kann von einer Krisenbeendigung nicht gesprochen werden.

Die

#### Flachs- und Jutespinnereien

haben ja, wie wir bereits berichteten, eine Einschränkung der Produktion beschlossen; während sich in den

#### Jutespinnereien

gegenüber dem Vormonat nichts geändert hat. Dasselbe ist auch von den

#### Imitat-(Bigoigne-)Spinnereien

zu sagen. Sämtliche Händler sowohl auf dem Gebiete des Baumwollgarns- und Baumwollhandels, wie auch der Woll-, Woll-Lumpen- und Kunstwollbranche klagen über mangelhaften Absatz.

Das ist auf den beispiellos schlechten Geschäftsgang in den

#### Webereien

zurückzuführen. Der kalte regnerische Frühling, wenn man ihn überhaupt so nennen darf, hat noch sehr viel zur Verschlechterung der Geschäftslage beigetragen. Die Rattum- und Wachsstoffhändler haben vor Pfingsten sehr wenig abgesetzt. Das Gegenteil war aber nötig, wenn die Roh-, Weiß- und Nesselwebereien noch Nachorders auf Sommerware bekommen sollten. Aus den

#### elsässischen Rohwebereien

wird berichtet, daß die Verbraucher roher Gewebe bei dem diesmaligen schlechten Frühjahrsgehalte sehr große Lager übrig behalten haben und gezwungen sind, die Abschlüsse für zweites und drittes Quartal teilweise auf spätere

Termine zu verschieben, so daß die Weber teilweise unter Auftragsmangel zu leiden haben. Neue Verkäufe für baldige Lieferung sind angeht, der stetig fallenden Gewebepreise nur schwer zu machen, jedenfalls aber nur mit wesentlichen Preisreduktionen. In vielen Fällen unterbieten heute die Zwischenhändler die Weber in den Preisen, da sie selbst wieder einen Teil ihrer Kontrakte abstoßen wollen, um sich zum Herbst neu einzudecken zu können.

Unendlich ungünstig liegt das Geschäft in den Webereien in M. Gladbach und anderen Bezirken. In den Tuchfabrikorten ist die Beschäftigung mit wenigen Ausnahmen eine schlechte. Eine Ausnahme macht Cottbus. Hier ist das Geschäft noch befriedigend und sind einige Betriebe sogar mit Aufträgen überlastet. Auch aus den Webereien des Harmer Bezirkes wird gemeldet, daß die Beschäftigung im allgemeinen eine normale sei. Demgegenüber zeigt sich im Glauchau-Meeraner Bezirk keine günstige Geschäftslage, da nur einzelne Betriebe über einigermassen umfangreiche Herbst- und Winteraufträge verfügen. Weber die

#### Teppich- und Läuferfabrikation

in Sachsen und Thüringen verlaute dagegen recht günstige Nachrichten. Was zunächst die Rohjutespinnerei in Meissen, Triebes und Weida anbelangt, so gehören diese Großbetriebe von Spinnereien und Webereien gegenwärtig zu den durchschnittlich gut beschäftigten Textilbetrieben des genannten Bezirkes. In Rohjutespinnereien sowie in Jutesäcken und -Stoffen hat sich der Bedarf gegen das Vorjahr nicht erheblich gemindert, ja, in den Jutespinnereien zu Triebes und Weida besteht Arbeitermangel, während in der Wollindustrie zuzusagen Arbeiterüberfluß jetzt vorhanden ist. Die Preise für Jutesgarne bleiben außerst fest, so daß diese Betriebe auch für dieses Jahr gut abschließen werden. Die Teppichfabrikation in Oelsnitz i. B., im Chemnitzer Kreis, in Gera, Münchenbernsdorf und Weida sind unterschiedlich, die Mehrzahl aber befriedigend beschäftigt, wenn man die Jahreszeit berücksichtigt.

Die Lage der

#### Webereien feinerer Blusen- und Kleiderstoffe

ist nach wie vor nicht günstig. Infolge des ungünstigen Wetters hat die eigentlich günstige Verkaufszeit zu spät eingeleitet, und so sind die Kaufleute zu Nachbestellungen sehr wenig beanlagt worden. Die dem Kleiderstoffgewerbe zugegangenen Bestellungen für den Herbst sollen recht dürftig sein. Hier spielt natürlich die Mode eine sehr große Rolle und man scheint auf diesem Gebiet gegenwärtig noch nicht recht schlüssig zu sein darüber, welches Kleidungsstück die Gunst der Mode davontragen wird. Selbst in den

#### Krawattenstoff-Webereien

war in letzter Zeit ein recht schleppender Geschäftsgang zu verzeichnen und auch heute noch zeigen sich die Kunden zurückhaltend,

Umständen, daß er sie glaublich und wahr gehalten hat. Auch dem Angeklagten Wesemeier sind einzelne Tatsachen zugetragen; nach ihnen und seiner Kenntnis vom Charakter des König hat er dessen Darlegungen für wahr gehalten. Der Versuch, die Wahrheit der tatsächlichen Angaben jenes oben erwähnten Vorwurfs und des ferner in dem Referat gemachten Vorwurfs, der Privatkläger behandelte seine Arbeiterinnen ungleichmäßig, je nachdem sie seinen unsittlichen Bemühungen sich zustimmend oder ablehnend verhielten, zu erweisen, ist mißlungen. In Hinsicht auf den weiteren Vorwurf ist zwar als erwiesen anzusehen, daß der Privatkläger verschiedenen Arbeitern (soll wohl heißen: Arbeiterinnen. D. R.) gegenüber Verurteilungen gemacht hat, die nur als Anspielungen auf geschlechtliche Verhältnisse und Zustände zu verstehen sind, z. B. die Zeugin Jung könne ja „am Abend nach der Arbeit kommen“. Auch (hier ist eine Äußerung des Privatklägers zitiert, die wir in Rücksicht auf die Sittlichkeit nicht wiederzugeben möchten und von der wir nur sagen wollen, daß sie einen starken Naturtrieb verrät. D. R.), während bei anderen von den Zeuginnen angeführten Verurteilungen eine solche Deutung nicht zweifellos sicher ist, z. B. bei der von der Zeugin Björk befundeten, nach der sie, als sie um Urlaub zu einem Besuch gebeten hatte, der Privatkläger gefragt hat, sie habe sich wohl einen hinbestellt, und auf ihre Angabe, sie komme schon nach zehn Minuten wieder, hinzugefügt hat, es gebe auch schnell. Es ist andererseits aber auch von den Zeuginnen verschiedentlich bezeugt, daß der Gesprächsston der Mädchen und Frauen untereinander ein sehr freier, stellenweise gemeiner ist und doch solche Verurteilungen, wie die oben angeführten des Privatklägers, nicht bei allen Arbeiterinnen Anstoß erregen konnten. Aber selbst wenn dem Privatkläger der Vorwurf nicht erspart werden kann, daß er bei solchen anstößigen Äußerungen vielleicht sich nicht auf die Arbeiterinnen beschränkt hat, die an solchen Zweideutigkeiten Vergnügen hatten — das ist jedenfalls nicht erwiesen, daß er sie durch die Verurteilungen zum Geschlechtsverkehr mit ihm eingeladen habe. Eine solche Verurteilung liegt auch nicht darin, daß er die Arbeiterin Heeger gefragt hat: „Minna, wie ist es denn mit einem Kusse, einem süßen?“ oder daß er die Zeugin Weihe, als er sie einmal allein getroffen, an den Arm gefaßt und gefragt hat: „Was willst Du denn?“ Unter Berücksichtigung der Umstände, unter denen er die Zeugin traf, kann die Frage und der Griff auch wohl die Absicht erkennen lassen, die Arbeiterin wieder in die von ihr verlassene Ordnung der Fabrik zurückzuführen, ihr ihre Ungehörigkeit zum Bewußtsein zu bringen. Noch weniger aber ist erwiesen, daß der Privatkläger seine Arbeiterinnen verschieden behandle, nicht nach ihren Leistungen und ihrem Eifer, sondern nach der Art ihres Verhaltens seinen Einladungen gegenüber; was in dieser Richtung von den Zeuginnen Stabinski, Meyerding und Hagemann dritten gegenüber geäußert ist, ist nach ihren eigenen Bekundungen grundlose Verdächtigung.

Nach allem diesen haben beide Angeklagte in Beziehung auf den Privatkläger vor einer unbestimmt wie großen Menschenmenge bzw. in einer öffentlichen Zeitung, weithin öffentlich Tatsachen behauptet, die nicht erweislich wahr, aber geeignet sind, den Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.

Es wird dann weiter dargelegt, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 R.-Str.-G.-B. nicht zur Seite stehen könne, da sie von den Arbeiterinnen, denen der Privatkläger in der oben angegebenen Weise entgegengetreten ist, keinen Auftrag hatten, ihre Interessen wahrzunehmen. Mitglieder der Organisation, deren Interessen der Angeklagte König wahrzunehmen hätte, seien sie aber auch nicht. Der Zweck, sie der Organisation zuzuführen und dadurch ihr Bestes zu erstreben, könne die Interessen jener Arbeiterinnen für König nicht zu berechtigten machen. Dieser sei auch nicht zur „Flucht in die Öffentlichkeit“ genötigt gewesen. Auch Wesemeier habe kein Anrecht auf den Schutz des § 193. Die Vorgänge in der Zuteilung zwischen Arbeiterinnen und deren Aufsichtern seien zunächst Privatsache zwischen ihnen bzw. der über den Aufsichtern stehenden Inspektion und Direktion der Fabrik, letzten Endes der Generalversammlung der Aktionäre, deren Gesellschaft die Fabrik gehört. Solche Privatangelegenheiten an die Öffentlichkeit zu ziehen, gehe unter keinen Umständen, solange sie nicht durch ihre Gleichartigkeit und Häufung einen Einfluß auf die Gesamtheit oder wenigstens einen großen Teil der Bevölkerung ausüben und das politische oder soziale Leben der Allgemeinheit berühren. Und das könne von dem vorliegenden Material nicht gesagt werden. Nicht um Zustände, die zur Regel gehörten, unter denen die Gesamtheit der Arbeiterinnen zu leiden hätte, handle es sich hier, sondern um wenige Fälle von Entgleisungen des Augenblicks, nicht ein System galt es hier zu bekämpfen, sondern das Verhalten von einigen unteren Organen einer Fabrik — zwar einer der größten Braunschweigs, aber doch nur einer, und zwar einer solchen, deren Arbeiterinnen sich zum größten Teile aus den untersten und auf

niedrigem sittlichen Niveau stehenden Schichten der Arbeiterbevölkerung rekrutieren und deshalb nicht geeignet sind, infolge von Vorgängen der gedachten Art die Allgemeinheit der sittlich höherstehenden und sich von ihnen absondernden Arbeiterbevölkerung ungünstig zu beeinflussen.“

Der vom Angeklagten Wesemeier gemachte Zusatz lasse erkennen, daß er nicht die Absicht hatte, einzelne Vorkommnisse als Ausnahme zu behandeln, sondern auf Grund derselben die Öffentlichkeit, die Gesamtheit seiner Leser gegen die Fabrikleitung aufzuheizen, nicht die Absicht, die Allgemeinheit zu schützen, sondern die Einzelnen, die Fabrikleitung wie die einzelnen Verüber einzelner Ungehörigkeiten an den Pranger zu stellen.

Es sei noch erwähnt, daß unser Verband in den Urteilsgründen beharrlich eine sozialdemokratische Organisation genannt und der Braunschweiger „Volkstfreund“ als ein Blatt bezeichnet wird, dem es nur darauf ankomme, die ganzen politischen und sozialen Verhältnisse des jetzigen Staates herabzuwürdigen. Diese Apostrophen würden in Form vollzogen, die deutlich erkennen lassen, daß der Verfasser der Urteilsgründe ein eifriger Befechter der heutigen politischen und sozialen Verhältnisse mit ihren „vereinzelt“ Ausnahmen ist. Dies als Tatsache angenommen, verstehen wir nicht, daß es nicht erlaubt sein soll, jene Ausnahmen als normwidrig aufs heftigste zu bekämpfen, was doch am wirksamsten in der breitesten Öffentlichkeit geschehen kann. Daß dabei der „Pranger“ in Benutzung genommen werden muß, ist nicht Schuld derer, die jemand an den Pranger stellen. Wie König angab (und wie ihm auch nach den Aussagen verschiedener Zeugen geglaubt werden darf, heißt es anfangs in den Urteilsgründen), hat er verschiedene Mitteilungen über Ungehörigkeiten in den genannten Fabriken bekommen und zunächst bei der Direktion dieser Gesellschaft auf Abhilfe hinzuwirken versucht, damit aber, wie er angibt, nichts erreicht. Darauf die „Flucht in die Öffentlichkeit“ und damit erst die Benutzung des „Prangers“. War das unstatthaft, dann gibt es kein Mittel, Ungehörigkeiten der gedachten Art wirksam zu bekämpfen, bis sie Formen annehmen, durch die sie durch das Strafgesetz fassbar erscheinen, worauf sich ihrer dann ja — meist auch erst auf Anzeige hin — der Staatsanwalt annimmt, was ja in Braunschweig auch in einem Falle bereits geschehen ist. Wenn aber stets darauf gemartet werden soll, dann können sich solche Einzelfälle, wie die gedachten, sehr leicht verallgemeinern, namentlich wenn der Boden dafür in einem „sittlich niedrigen Niveau“ der in Betracht kommenden Arbeiterinnen gegeben ist. Wenn dann erst die Öffentlichkeit mit ihrer Kritik soll einsetzen dürfen, dann wird diese weniger fruchtbar sein können, als wenn sie für die Allgemeinheit durch kritische Beleuchtung gewisser Einzelfälle vorburend zu wirken sucht. Insofern Erwachten nach hätte den Angeklagten der Schutz des § 193 zuteil werden müssen, denn sie wollten mit ihrer Kritik Ungehörigkeiten beseitigen, die, wie es in den Urteilsgründen heißt, zwar als Privatangelegenheiten zu betrachten seien, insofern Meinung nach sich aber auch sehr leicht zu einer allgemeinen öffentlichen Skandalität auswachsen könnten, der dann nach den Urteilsgründen ja mit Recht in der hier beliebten Weise entgegengetreten werden könnte. Besteht man zu, daß die öffentliche Kritik dann berechtigt wäre, dann ist sie es auch, wenn sie vorburend wirkt. Und diese Wirkung — mag sie nun in unserem Fall beabsichtigt gewesen sein oder nicht — muß hier als eingetreten angesehen werden, wenn sie sich auch nicht klipp und klar nachweisen läßt. Sicher wollten aber die Angeklagten mit ihrer Kritik auch auf die Leitungen anderer Betriebe, wo gleiche oder ähnliche Verhältnisse herrschen, wie in den in Frage stehenden, günstig einwirken, denn sie konnten nicht bei ihrem Bemühen in einem Betriebe auf Erfolg rechnen, wenn die gleichen Verhältnisse in vielen anderen Betrieben fortwuchern. Und das ist der Fall. Es handelt sich hier nicht um einzelne Ausnahmen, sondern um einen Typ einer nur durch wenige Ausnahmen unterbrochenen Regel, die sich allerdings bald in mehr, bald in weniger krasser Form zeigt. Die vermeintliche private Ausnahme ist schon längst eine allgemeine Regel, die das „soziale Leben der Allgemeinheit“ berührt, und zwar recht derb berührt; denn in den meisten Fabriken mit Arbeiterinnen spielen sich Vorgänge wie die der geschilderten Art ab. So betrachtet, sind die Voraussetzungen der Urteilsbegündung für das Recht der öffentlichen Kritik von Fabrikmissständen also schon gegeben und damit auch die für den Eintritt des Schutzes der Angeklagten und nun in erster Instanz Verurteilung auf Grund des § 193.

**Erklärung.**

Unsere Verbandsgeneralversammlung in Leipzig hat einen Antrag 131 angenommen, welcher besagt, daß Geschäftsführer oder Bevollmächtigte unseres Verbandes in bürgerlichen Vereinen keine dominierende Stellung einnehmen, noch in bürgerlichen Vereinen korrespondieren dürfen. Als in unserer, am 9. Juni abgehaltenen

Generalversammlung Bericht von der Generalversammlung gegeben wurde, erklärte man, daß bei Verlesung dieses Antrages eine Bewegung durch die Reihen der Delegierten ging, indem Rufe laut wurden: „Schmeißt ihn raus, der gehört in den Reichsverband!“ Die betreffenden Kollegen, welche vorstehendes taten, konnten ja auch nicht anders und ich mache ihnen deshalb nicht den geringsten Vorwurf. Da mir es nicht anders möglich ist, als durch die Fachpresse den an der Generalversammlung beteiligt gewesenen Kollegen Aufklärung über die Sache zu geben, so will ich dies in kurzen Zügen tun, wozu ich auch die Verpflichtung habe. Man muß ja übrigens auch den angegriffenen Teil hören, da ja bekanntlich eines Mannes Rede keine Rede ist.

In unserm 8000 Einwohner zählenden Ort besteht seit über 25 Jahren ein Sterbekassenverein. Vor ungefähr zwölf Jahren hatten es sich verschiedene Kollegen und Parteigenossen zur Aufgabe gemacht, in alle bürgerliche Vereine einzubringen, die in ihrer Mehrzahl aus Arbeitern bestehen, um ihren Einfluß geltend machen zu können. Auch in dem Sterbekassenverein war dies der Fall. Es geschah nun, daß der damalige Kassierer sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ. In der damaligen Generalversammlung des Vereins wurde ich von und noch heute leitenden Parteigenossen und Kollegen zum Kassierer vorgeschlagen und gewählt. Desgleichen zogen noch andere Kollegen mit in den Vorstand ein, so daß derselbe in seiner Mehrheit sozialdemokratisch wurde. Das war also zu der Zeit, wo wir noch keine Unterstützungsvereine in unserm Verband hatten. Auch ein großer Teil unserer Kollegen, etwa mit den Frauen 50 an der Zahl, erwarb die Mitgliedschaft, um sich die Einrichtung der Sterbeunterstützung nutzbar machen zu können; denn vor zehn Jahren hatten wir hier nur an 100 Mitglieder in unserm Verband. Seit dieser Zeit hat der Verein ein ganz anderes Aussehen bekommen. In der Arbeiterpresse zu inserieren, wurde durchgesetzt u. a. m. Dieser Verein wird seit dieser Zeit nur als ein wirtschaftlicher Verein betrachtet, er ist vollständig neutral, Politik wird weder nach rechts, noch nach links getrieben. Aber auch in der Sozialfrage hat dieser Verein indirekt zum Nutzen der Arbeiterschaft sehr viel beigetragen, und unserm Verband, der über 600 Mitglieder jetzt zählt, hat er absolut noch keinen Schaden gemacht; das Gegenstück müßte erst bewiesen werden.

Wie es nun mit der dominierenden Stellung aussieht und was es mit dem Korrespondieren auf sich hat, sei im folgenden klar gestellt.

Für den Kassiererposten resp. für die zu leistende Arbeit erhalte ich pro Jahr 17,50 Mk. Die ganze Arbeit kann man in drei bis vier Stunden im Jahr nieder schreiben; weiter gehört zur Kassierung nichts. Ufährlich finden zwei Generalversammlungen statt, und das geführte Protokoll der letzten Versammlung ist mir vom Schriftführer abgeschrieben ausgehändigt worden, damit ich es einer hier erscheinenden Zeitung übergeben könnte. Gegenwärtig zählt der Verein inklusive der Frauen der männlichen Mitglieder 320 Personen. Darunter zirka 100 organisierte Textilarbeiter, einige Bauhandwerker und selbständige Genossen, so daß etwa über 200 organisierte Arbeiter Mitglieder des Vereins sind. Das, was der Verein gewährt und seine Satzungen kommen hier als ein Belang nicht in Betracht. So liegen in Wirklichkeit die Dinge, und nicht anders.

Gener Antrag war eben weiter nichts, als ein persönlicher Anwurf gegen mich, dazu angetan, einem gewissen jemand das Mandat zur Generalversammlung und zur Konferenz in die Hände zu spielen. Das gelang aber nicht, indem ein anderer delegiert wurde. Wenn der betreffende Kollege sich schon vor zehn Jahren so um unseren Verband gekümmert hätte, wie jetzt, so wäre vielleicht ein derartiger Antrag nicht gekommen. Zum Schluß will ich noch daran erinnern, in welcher gemeinen Weise man mich behandelt hat, als ich am 14. April 1907 das Landgerichtsgefängnis in Blauen, wo ich drei Monate Gefängnis wegen Fabrikantenbeleidigung verbüßte, verlassen hatte. Die Feder sträubt sich einfach, das wiederzugeben. — So viel für heute. Bemerkt sei noch, daß ich außer dem Sterbekassenverein nur den hier bestehenden freien Arbeitervereinen angehöre.

Mylau, Bgl., den 14. Juni 1908.  
Richard Hofmann,  
zurzeit Bevollmächtigter des Textilarbeiterverbandes Deutschlands für Mylau, Bgl.

**Konferenz der Teppich- und Plüschweber Berlins und der Umgegend.**

Abgehalten in Nowawes am 14. Juni 1908.  
Betreten sind die Gauleitung, der die Einberufung oblag, und alle in Betracht kommenden Betriebe und Ortsverwaltungen. Eine Anzahl Gäste, zumeist Berliner und Nowaweser Verbands-

Die **Seidenband-Weberinnen**, im Rheinland sowohl wie in Süddeutschland, machen eine sehr schlechte Zeit durch. Es ist auch für die nächste Zeit wenig Aussicht auf Besserung vorhanden.

In der **Tricotagen- und Strumpfwarenbranche** läßt sich bis jetzt eine Besserung im Eingang der Aufträge nicht melden. Es werden ja die krampfhaftesten Anstrengungen gemacht, um den Markt zu beleben, aber die Nachfrage, die ihn einschläfert, ist eben etwas zu küstig gewesen. In Francis sind bis jetzt noch die meisten Aufträge eingegangen. Aber in Stapelartikeln ist man mit den Aufträgen noch zurückhaltend. Nicht deshalb, weil hier noch die Ueberproduktion auf den Markt drückt, sondern deshalb, weil man vor der Beendigung der Wirkerbewegung nicht bestellen will. Die Fabrikanten haben es ja verkündet, daß, wenn es ihnen gelingt, die Arbeiter niederzuwerfen, auf der ganzen Linie mit Lohnreduzierungen vorgegangen werden soll. Da warten natürlich die Einkäufer noch mit dem Erteilen der Aufträge. Je länger aber die Fabrikanten zögern, mit den Arbeitern Frieden zu schließen, um so prekärer wird dann ihre Lage. Denn welche schweren Verluste sie durch nicht rechtzeitiges Liefern der Ware erlitten haben, das wissen sie doch, und die Wirkerarbeiter würden sich gewiß diese günstige Zeit nicht entgehen lassen, um für die ihnen jetzt zuteil werdende brutale Behandlung Nebensache zu nehmen.

Die **Handschuhindustrie** hat, abgesehen von der Erledigung kleinerer Spezialorders, eine ruhige Zeit. Für nächsten Sommer will kein Ordergeschäft in Gang kommen, und selbst in Winterware ist nichts mehr hereinzuholen. Man traut eben den Preisen nicht und will jetzt ruhig abwarten, in der Gewißheit, daß man später sicher genug Ware bekommen kann.

In der **Phantafwarenbranche** des Apoldaer Bezirkes gehen die vorhandenen gewesenen Aufträge auch immer mehr zur Neige, ohne daß Ersatz dafür hereinkommt. Die „Wirkzeitung“ berichtet, daß in Rascheltüchern die erhofften Nachbestellungen ausbleiben, so daß verschiedene Betriebe in den nächsten Wochen nur ungenügend beschäftigt sein werden. Auch die Betriebe mit Drehkettenstühlen werden für die Folge gezwungen sein, falls Neubestellungen nicht hereinkommen, die gewöhnliche Arbeitszeit etwas abzukürzen. Für diese Maschinen fehlen hauptsächlich Bestellungen auf Räder, Schals und Fäden auf Seide. Westfähen gewähren im allgemeinen eine noch ziemlich befriedigende Beschäftigung.

Die geschäftliche Situation in dem **Passementeriebezirk**

des Erzgebirges ist vorläufig noch ungelärt. Die Aussichten für Konfektionsachen sind jedoch ziemlich gut und dürfte die schwierige Lage der Passementerie-Industrie vielleicht schon in dieser, mit Bestimmtheit jedoch in der nächsten Saison überwunden sein, denn die bereits jetzt von der besseren Damenwelt aufgenommene Kleidermode gewährt unseren Betäben einen viel weiteren Spielraum, als seit langer Zeit. Wenn sich auch die Bluse keinesfalls auf dem Aussterbeetat befindet und noch für lange Zeit sich der Beliebtheit erfreuen dürfte, ist doch die Kleidermode, das beste Objekt für Passementeriebesatz, in stetig steigender Aufnahme begriffen.

Auch in der Festartikel-Industrie des Barmer Bezirkes ist die Beschäftigung, soweit Artikel für Modewaren in Betracht kommen, schon sehr gut.

Der „Confectionair“ schreibt hierüber unter anderem: Als Maßstab für die gesamte Beschäftigung kann vielleicht der Umstand gelten, daß in Kunstseide, dem immer noch vorherrschenden Verwendungsstoff, ein beständiger Mangel herrscht und die Fabrikanten täglich in Verlegenheit sind, genug von diesem Material hereinzubekommen. Infolgedessen werden ziemlich erhebliche Abwancen selbst auf die erhöhten Preise für Ware aus zweiter Hand gezahlt, um allen Ansprüchen genügen zu können. Sehr starke Nachfrage herrscht namentlich in

**Riemengangartikeln**, in schweren, reich gearbeiteten Phantafeststoffen, in Verbindung mit Soutache, Gimpeln, Verschürungen usw. in kräftig erhabenen gearbeiteten Dessins, ein- und zweiseitig ausgeführt, teilweise auch zusammengefaßt. Verschiedentlich werden diese Artikel auch in den modernen Kleiderfarben, uni, gemacht.

Ein großer Konsumartikel sind immer noch Crochetstücken in Schwarz und Farb, sowie insbesondere kunstseidene Damenschneiderlithen in einer großen Breitenstala, welche sowohl zum Befestigen wie zum Einfassen, namentlich in den höheren Nummern, eine große Rolle spielen. Vornehmlich geht eine vierfädige Ware, welche hauptsächlich in den Breiten 57, 73, 97 in großem Farbensortiment stark gekauft wird, so daß vielfach sogar Mangel an Maschinen herrscht.

Auch in Soutache ist die Beschäftigung andauernd eine gute. In der **Stiderei- und Spitzen-Industrie**

des Vogtlandes ist die Lage immer noch unbefriedigt. Amerikanische Einkäufer sind wohl in größerer Zahl anwesend gewesen, aber, was doch die Hauptsache ist, gekauft haben sie wenig. Im östlichen Vogtland, in der Gegend von Falkenstein, Auerbach, Elberfeld usw. sollen ja diese Einkäufer in Seide- und Kunstseideartikeln gut bestellt haben, in anderen Genres dagegen haben sie auch nur wenig bestellt. Die Sommermonate hindurch wird also ein regulärer Geschäftsgang nicht eintreten, Ueber die

Geschäftslage in den **Färberien und Appreturen**

ist nichts neues zu sagen. In zahlreichen Betrieben dieser Branche wird mit tageweiser Einschränkung der Arbeitszeit gearbeitet. Am richtigsten wird man nach alledem handeln, wenn man sich nicht dem Optimismus hingibt, wonach in Kürze ein Umschwung zum Besseren eintreten solle. Die ganze Geschäftslage sieht uns ganz und gar nicht danach aus. Zum mindesten werden wir vor dem Spätherbst auf eine Aenderung nicht zu rechnen haben. Meist jetzt das Wetter noch einige Wochen so heiß und schön, so wird in Sommerstoffen sicher beträchtlich geräumt werden. Und wenn dann nach Feststellung der neuen Baumwollente der Rohstoffmarkt wird beurteilt werden können, dann ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die nächste Sommeraison wieder einen Aufstieig in der Beschäftigung bringen wird.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

**Deutsche Diskontermäßigung.** — Verminderung von Englands Außenhandel. — Kohleisenproduktion und Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten. — Deutsche Eisenproduktion, Textilindustrien, Getreidepreise. — Konkursstatistik.

Der Stand der Reichsbank hat sich in der letzten Wainwoche und den ersten Junitagen soweit geklärt, daß am 4. Juni endlich die seit langem ersehnte und vorbereitete Diskontermäßigung eintrat, jedoch abermals nur ein um ein halbes (also von 5 auf 4½) Prozent. Als Reihenfolge der Bankzinsätze — von der letzten Stufe der Hochkonjunktur angefangen, dann über die Periode der Kreditpanik hinweg bis zur eingetretenen Bankberuhigung und Produktionsflaute — finden wir also in Deutschland: 23. April 1907 6½ Proz., 29. Oktober 6½ Proz., 8. November 7½ Proz., dann am 13. Januar 1908 6½ Proz., 25. Januar 6 Proz., 7. März 5½ Proz., 27. April 5 Proz., seit 4. Juni 4½ Proz.

In England ist die Beschäftigungslosigkeit des Geldes bereits eine so große geworden, daß man kurz vor Mitte Juni sogar ein Heruntergehen des offiziellen Bankdiskontes unter die seit dem 28. Mai geltenden 2½ Proz. erwartete. Falls man den Außenhandel als einfachen und zuverlässigen Gradmesser des Produktionsganges ansehen dürfte, so wäre allerdings der geschäftliche Rückschlag in England ein viel schärferer als bei uns. Wenn man die eben veröffentlichten Waiziffern mit dem Mai des Vorjahres 1907 vergleicht, so muß man allerdings bedenken, daß letzterer einen Rekordmonat vorstellte. Aber der Abfall bleibt dennoch außerordentlich: in den Einfuhrwerten um 166,9 Millionen Mark oder um 15,8 Proz., in den Exportwerten um über 117 Millionen Mark oder ebenfalls um 15,8 Proz., bei der Wiederausfuhr (also im wesentlichen beim Vermittelungshandel) um über 40 Millionen

funktionäre, folgen der Tagung mit Aufmerksamkeit. Die aufgestellte Tagesordnung kann infolge der plötzlichen, vor zwei Tagen erfolgten Erkrankung des Branchenleiters nicht regelrecht erledigt werden. Der Punkt: „Entwickelung der Weberei von der Haus- zur Fabrikindustrie“ wird deshalb der nächsten Konferenz überwiesen. Obgleich hierdurch der organische Zusammenhang der Verhandlungsgegenstände etwas gestört wird, bietet die Erledigung des Punktes: „Branchenzusammenschluß über ganz Deutschland“ doch viel des Interessanten. Die Verfolgung der Entwicklungsgeschichte des Verbandes gibt dem einleitenden Redner die durchschlagendsten Begründungsmomente an die Hand. Derselbe hebt zunächst die Ausbreitung der Arbeitgeberorganisationen hervor, die uns veranlassen, auch bessere Fühlung mit den Branchenangehörigen ganz Deutschlands zu suchen, und verweist dann auf die Tatsache, daß in manchen Betrieben Deutschlands genau dieselben Erzeugnisse oder solche von geringer Abart unter den allerbesten Bedingungen hergestellt werden. Sofern dies allen in den betreffenden Industriezweigen Tätigen bekannt sein wird, werden sich bedeutende Vorteile für die Arbeiterschaft daraus ergeben und die Injunktoren von Streiks, die infolge des Mangels dieser Kenntnis oft unwirksam bleiben, dürfte sich vielfach erübrigen. Die meisten und nachhaltigsten Vorteile für die Arbeiter werden bekanntlich durch geschickte Verhandlungen mit den Unternehmern erreicht. Der enge Zusammenhluß der Berliner Webereibranchen hat manche gute Frucht gezeitigt. Die früher so oft beklagte Fiktion der Kollegen unter sich ist fast restlos verschwunden, brauchbare Lohnstatistiken werden geführt, Tarifverträge abgeschlossen, die Lücken in der Organisation ausgefüllt und so manches andere Gute und Nützliche geschaffen. Einer vor zirka drei Jahren erfolgten Anregung zwecks Zusammenhülfe der Zutebranche über ganz Deutschland stand der Zentralvorstand noch skeptisch gegenüber. Durch die inzwischen erfolgte Abhaltung einer besonderen Zutekonferenz, durch die Herausgabe speziell darauf bezüglichen Agitationsmaterials usw. hat aber der Zentralvorstand den dringenden Erfordernissen Rechnung getragen und so außerordentlich günstig für diese Branche gewirkt. Der Zusammenhülfe der Zutearbeiter hat dadurch gute Fortschritte gemacht, und nicht unbedeutende Lohnvorteile sind in verschiedenen, namentlich aber in den bestorganisierten Betrieben seither erreicht worden. Andere Berufsgruppen unseres Verbandes haben gleichfalls eine innige Verbindung über ganz Deutschland, wodurch dieselben ihre Interessen wesentlich zu fördern in der Lage sind. Die Beschlüsse des Verbandstages in Leipzig haben aber auch für uns die Frage zu einer aktuellen gemacht, und so ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß der Zentralvorstand sich der Abhaltung einer dem angeregten Zwecke dienenden Konferenz der Teppich- und Plüschweber Deutschlands nicht ablehnend gegenüber verhalten wird. Bislang sind die Vorarbeiten leider immer in den Anfängen stecken geblieben, weil es an der genügend festen Verbindung am Orte selbst mangelte, nunmehr aber gilt es, ernstlich dafür zu sorgen, daß die verbesserten Positionen, die sich die Arbeiter mit Hilfe der Organisation während der Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur allüberall erringen, auch in vorwärtenden Krisen durch einen straffen Zusammenhalt, durch eine innige Verbindung aller Branchenangehörigen gehalten werden können. — Die Ausführungen der übrigen Redner bewegen sich im Allgemeinen in denselben Bahnen. Eine stark gegensätzliche Anschauung tritt nur in der Beurteilung des Wertes oder Unwertes der von einem Redner als nützlich bezeichneten Tarif- oder Lohnverträge zutage. Während einige, offenbar nur „wenig kritisch veranlagte“ Redner diese für eine nicht unrichtige Einrichtung zur Sicherung der durch Lohnkämpfe und freie Vereinbarungen erzielten Vorteile für die Arbeiter ansahen, verworfen andere sie als „sehr bedenklich“ und wieder andere grundsätzlich und total: sie seien auf alle Fälle bei ihren sehr fraglichen guten Wirkungen geeignet, die Arbeiter einzuschläfern, sie träge und gleichgültig in ihren Organisationspflichten und den Unternehmern gegenüber zufügen und widerstandsunfähig zu machen; des Urteils letzter Schluß eines Redners war: Tarifverträge eignen sich nur für unorganisierte! Auch der beste Vertrag ist nichts als ein moderner Sklavenverkauf! Die Unternehmer, die allein nur Nutzen davon haben, machen zumeist Lohnabzüge auch während der Vertragsdauer; für die Arbeiter ist es deshalb blanke Unsinn, Tarifverträge anzuführen und abzuschließen! — (Anmerkung der Redaktion: konnte denn kein besser unterrichteter Kollege hier mit einer Aufklärung dienen?) Es wird ein Antrag angenommen, wonach die Berliner Ortsverwaltung beauftragt wird, die einleitenden Schritte zur Erreichung des Branchenzusammenschlusses über ganz Deutschland zu unternehmen. Zu diesem Zwecke soll sie sich zunächst mit dem Zentralvorstand ins Einvernehmen setzen zwecks Formulierung eines Aufrufs im „Textilarbeiter“ an die Branchenangehörigen im ganzen Reiche, der Uebertragung der erforderlichen Vorarbeiten an die hierzu geeignetste Filiale und schließlich zwecks

Einberufung einer Konferenz von Vertretern aller Branchenangehörigen.

Der folgende Verhandlungsgegenstand betrifft die Errichtung von Arbeitsnachweisen. Die Darstellungen hierzu gipfeln gleichfalls in den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages. Nützlich sei es, überall wo dies möglich, schon Arbeitsnachweise zu haben, ehe die Arbeitslosenunterstützung in Kraft trete. Die Orte, die selbständig einen Nachweis nicht erhalten können, sollen nach dieser Richtung hin von dem Gauarbeitsnachweis bedient werden. Die auf der Bernauer Konferenz beschlossene Mittelnahme der Vororte an dem in Berlin zu errichtenden Nachweis sei deshalb nicht erforderlich. Die paritätischen Arbeitsnachweise und solche der Kommunen haben vielfach unseren Wünschen und Zwecken nicht entsprochen, auch die Unternehmer hätten bisher mit ihren Arbeitsnachweisen immer nur versucht, diejenigen der Arbeiter zu ertrotzeln oder nur gefügige Arbeiter und in jüngster Zeit die Mitglieder der sog. gelben Gewerkschaften, d. h. der Streikbrechervereine, herbeizuführen. Daraus werden die Arbeitsnachweise zu einem Stück Lebensfrage für die Mitglieder der freien Organisationen und der Ausbau derselben wird eine ganz vorzügliche Waffe für deren Bestrebungen bilden. Es empfiehlt sich dringend, die Verhandlungen über diesen Gegenstand im Protokoll der Leipziger Generalversammlung aufs fleißigste zu studieren. Jedes einzelne Mitglied, vor allem aber die Vertrauensleute der Betriebe, müßten zum guten Funktionieren unserer Arbeitsnachweise beitragen. Auch solchen, die der Organisation noch fernstehen, solle man Arbeit nachweisen, wenn keine organisierten Arbeitslosen mehr vorhanden seien. Auf die eine oder andere Art müssen doch schließlich auch ihnen die Augen darüber aufgehen, wie vorteilhaft die Organisation wirke, und so werde man dadurch manch treues Mitglied für den Verband gewinnen. — In der weiteren Aussprache wird betont, wie die jetzt vorhandenen Arbeitsvermittlungstellen der Unternehmer sich zu Arbeitsverhinderern entwickeln haben. Die Arbeiten in der Textilindustrie würden trotz der Verbollkommnung der Maschinen und der Technik immer komplizierter und da die unorganisierten Arbeiter zumeist minderwertig seien, wären die Unternehmer, wollten sie befähigte Arbeitskräfte haben, gezwungen, sich an unseren Nachweis zu wenden. Die im Vorjahre seitens der Webereibranche getroffenen Vorbereitungen sollen nebst dem ausgearbeiteten Arbeitsnachweis-Regulativ der nunmehr geeinten Filiale Berlin bekanntgegeben und hiernach der längst schon notwendig gewesene einheitliche Nachweis für alle Berufszweige errichtet werden. Die Vermittlerstelle ist einem Mitglied der Organisation zu übertragen; das Nachweisbüro soll nicht in einer Kneipe sein, da arbeitslose, namentlich aber weibliche Mitglieder sich dort nur ungern wartend aufhalten. Die Berliner Ortsverwaltung wird durch einen einstimmig gefaßten Beschluß erucht, die Initiative nach dieser Richtung hin zu ergreifen. — Unter „Verschiedenes“ wird hinsichtlich der noch nicht erledigten Frage der eben. Versicherungspflicht gewisser Kategorien von Heimarbeitern die Ausklagung des nächsten fristigen Falles auf Kosten der Gaukasse zugesagt. Dann werden die Verhältnisse einer Treibriemenfabrik einer scharfen Kritik unterzogen: die Branchenleitung soll erneut versuchen, mit den dortselbst Arbeitenden in nähere Verbindung zu kommen. Die sonst mündlich erstatteten Situationsberichte sind dem Branchenleiter schriftlich zu übermitteln. Den Delegierten wird die Pflicht auferlegt, überall ausführlich und wahrheitsgemäß über die gepflogenen Verhandlungen zu berichten, namentlich auch über den von verschiedenen Konferenzen ausgesprochenen Wunsch, die Entschädigung für die Delegation einheitlich zu regeln. Die Kostentragung für letztere obliegt den Filialen und nur dort, wo sie von den Orten nicht übernommen werden kann, tritt die Gaukasse in Aktion. Die Branchenkommision erhält den Auftrag, die nächste ordentliche Konferenz innerhalb sechs Monaten nach Straßberg einzuberufen.

gierten und leiteten. Es mag zur Behaglichkeit der Delegierten beitragen, zu rauchen und sich innerlich zu stärken, während der Kongreß tagt, aber es ist zum mindesten fraglich, ob dies den geschäftlichen Angelegenheiten förderlich ist. Wenn der Kongreß in unserem Lande abgehalten worden wäre, glaube ich nicht, daß die englischen Delegierten daran gedacht hätten, derartige Vorkehrungen zu treffen, wie unsere Freunde vom Kontinent. Die Engländer huldigen dem Prinzip, sich der Arbeit voll und ganz zu widmen und ihre gesellschaftlichen und persönlichen Annehmlichkeiten auf die ihnen zu Gebote stehende freie Zeit zu beschränken. Die Cile, das Fasten und Jagen, woran unsere Arbeiter auf ihrer heimischen Heide gewöhnt sind, schien in Wien gänzlich außer Platz zu sein.

Das charakteristische Merkmal des Kongresses ist die Tatsache, daß trotz der kleinen Rückgänge und Mängel er der erfolgreichste der bisher abgehaltenen war. Einige der Delegierten entfalteten eine Vorliebe, über entwickelte Nichtigkeiten der Arbeitsbedingungen und über Stücklohn zu diskutieren, anstatt über große Prinzipien und Politik. Solche Details können nicht genau bei einer Zusammenkunft solcher Art und innerhalb des Zeitraums einer Woche erledigt werden, wo ganz andere wichtige Fragen erledigt werden müssen. Diese kleinen Angelegenheiten werden am besten durch die Korrespondenz zwischen den Beamten der verschiedenen Länder erledigt innerhalb der Zeit, die zwischen den Kongressen liegt. Vielleicht wird die Herausgabe des Internationalen Journals alle zwei Monate, anstatt vierteljährlich, die Aufgabe erleichtern, uns über die Lage der Arbeiter zu unterrichten.

Mr. Marsland, der Sekretär, unermüdet, wie er ist, wird seine Energie und seinen Enthusiasmus gewürdigt finden in der Herausgabe einer Zeitung, die alle zwei Monate erscheint und zweifellos werden ihn die Organisationen vom Kontinent genügend mit Arbeit versehen.

Ich glaube, es würde nur zum Nutzen des Kongresses beitragen, wenn er alle zwei Jahre, anstatt drei Jahre, tagte. Die Kosten würden völlig aufgewogen durch das Gute, das daraus resultieren würde für die Textilarbeiterorganisationen der ganzen Welt.

Es ist die Bewegung der Zukunft. Sie soll die Arbeiter festigen und ihre Lage ausgleichen und verbessern in jedem Teil der zivilisierten Welt. Die nächste Zusammenkunft ist in Holland. Ich glaube nicht, daß es ein schlechter Geschäftsbereich gewesen wäre, sie nach England verlegt zu haben — aus vielen Gründen nicht. Jedoch die Holländer scheinen einen voraussichtlichen Besuch ihres Landes willkommen zu heißen und sicher wird der Einfluß dieses Kongresses günstig und nützlich sein.

Soweit die Betrachtungen des englischen Kollegen. Im allgemeinen müssen wir ihm recht geben. Daß ab und zu einer der kontinentalen Delegierten während der Verhandlungen einige Züge aus seiner österreichischen kaiserlich-königlichen Monopoljagare machte, wird sein Behagen nicht gehoben haben, es kann ihn höchstens gereizt haben, dieses widerpenfliche, nur schwer in Brand zu haltende Ding doch noch bereinigen zu können. Die Verhandlung ist dadurch aber so wenig gestört worden, wie dadurch, daß englische Delegierte sanft einnickten, jedenfalls weil sie auf Erfrischungen verzichteten zu können glaubten. Uebrigens zeugt die gelegentliche Einnahme eines erfrischenden und kräftigenden Trunkts während der Verhandlungen von größerem Interesse für dieselben, als wenn sich einer nach dem anderen aus dem Verhandlungsraum entfernt und am Büfett etwas genießt, wobei er wichtige Erörterungen leicht verpassen kann. Recht hat der Schreiber mit seiner Auslassung, daß auf solchen Kongressen nur große Fragen behandelt und daß die untergeordneten Fragen im Wege der Korrespondenz — er hätte noch hinzufügen sollen oder durch das Internationale Komitee — erledigt werden sollten. Bei dem Vorhandensein des Komitees ist aber auch eine öftere Wiederholung der Kongresse nicht nötig.

### Die Wahrung der Anwartschaft auf Invalidenrente im Auslande.

Wenn im Frühjahr die Natur sich wieder mit frischem Grün schmückt, dann regt sich auch in so manchen jungen Menschen Brust der Wandertrieb. Vielleicht sind dann gerade die Lehrjahre beendet. Hat das Wandern an Ruf und Wert auch vieles eingebüßt, es schmären doch noch Hunderte und Tausende alljährlich ihr Bündel, um sich die Welt anzusehen, die ihnen als Kinder armer Proletarier bislang verschlossen war. Doch nicht nur eben Ausgelernete, nein, auch an Jahren schon ältere Männer laßt die Frühjahrsstimmung gar mächtig heraus aus den modernen Zwingsburgen, den Fabriken, aus den engen Höfen, wo das Handwerk haust, aus den Dachstühlen oder den Kellern, wo die Nadel geführt oder der in Formen gebrachte Teig dem heißen Ofen übergeben wird. Alle, die fromen, sehnen sich nach dem Licht, und hält sie keine Familienbände, sind sie frei und ledig, so greifen sie frohgemut zum Wanderstabe und lassen die Mauern der Städte hinter ihren Rücken liegen.

### Dem internationalen Textilarbeiter-Kongreß in Wien

widmet ein englischer Delegierter in einem englischen Fachblatt folgende Betrachtungen:

Die Perspektive der Zeit und des Raumes verhilft uns dazu, uns eine wahre Vorstellung von Ereignissen solcher Wichtigkeit zu bilden, wie es ein Internationaler Kongreß ist, der nur einmal in einem Zeitraum von 3 Jahren stattfindet.

Unter den persönlichen Merkmalen — welche die englischen Delegierten in Erstaunen versetzten, war es die gemächliche Art, mit der die Kontinentler ihre Debatten und Diskussionen arran-

Markt oder sogar um 23,9 Proz. Man macht darauf aufmerksam, daß dieser Absturz vielfach nur auf einer Preisverminderung, nicht auf entsprechender Verminderung der Umsatzenge beruhe. Ein Teil der Abtrichte ist in der Tat daraus zu erklären. Aber zum Beispiel gerade bei der Lebensmittelleinfuhr trifft das infolge des Preisanziehens vielfach nicht zu; so ist die wichtige Weizeneinfuhr in Wert um 13,2 Proz., in der Menge jedoch um 25,4 Proz. gesunken. Auf der Seite der Ausfuhr trifft es ebensowenig zu, wie dem wichtigsten Posten der Brennstoffe (coal, coke and manufactured fuel), wo die Mengen noch immer um 5,3 Proz., die Werte sogar um 99,9 Proz. gestiegen sind. Aber selbst wenn man den Einwand uneneigentlich zugibt, bleibt noch genug des Wesentlichen. Dabei reicht diese rückläufige Entwicklung, wie wir mehrfach erwähnten, schon weiter zurück. Alle fünf Monate bis Ende Mai zusammengefaßt, stoßen wir auf eine Verminderung der englischen Einfuhr von 1908 gegen 1907 um über 567 Millionen Mark oder 10,1 Prozent, der Ausfuhr um über 243 Millionen Mark oder 7 Prozent, der Wiederausfuhr um über 223½ Millionen Mark oder 25,2 Prozent. Das starke Wiedererwachen der Schutzolligation hängt wesentlich mit diesen Krisenerfahrungen zusammen.

Die Wucht des Rückslages in den Vereinigten Staaten läßt sich am besten an dem Niedergang der Roheisenerzeugung erkennen. Bis zum kritischen Oktober 1907 stand hier noch jeder Monat über dem Vorjahre. Bis Ende Oktober alle zehn abgelaufenen Jahre zusammengefaßt, ergab sich eine Roheisenausbeute: 1906 von nicht ganz 204, Millionen Tons, 1907 von über 22,25 Millionen Tons. Dann erfolgte der Umschlag, so daß alle weiteren Monate keinen Vergleich mehr aushalten mit dem gleichen Zeitraum, der ein Jahr zurück in der Hochkonjunkturperiode liegt. Man stelle Roheisen her:

	1907/08	dagegen 1906/07
	Tonnen	
im November . . . . .	1 828 125	2 187 065
„ Dezember . . . . .	1 284 279	2 236 153
„ Januar . . . . .	1 045 525	2 205 607
„ Februar . . . . .	1 080 000	2 045 068
„ März . . . . .	1 228 000	2 226 457
„ April . . . . .	1 149 000	2 219 242
„ Mai . . . . .	1 164 000	2 295 505

Das ist Schritt für Schritt ein Herabgleiten auf rund die halbe Produktionsziffer: im ganzen seit November bis Ende Mai ein Absturz von 15,4 auf 8,7 Millionen Tons. Daß die letzten Monate nicht mehr ganz so schlimm stehen wie der Januar, der den tiefsten Stand erreichte, will um so weniger bedeuten, als die amerikanischen Eisenbahnen, die Hauptabnehmer der überseeischen Eisenindustrie, erst jetzt in die bittersten Verlegenheiten geraten, weil der Warenbestand strotzt und die finanzielle Mißwirtschaft der Vergangenheit, die Verpöppelung mit Spekulationsaktiven an den

Börsen, erst jetzt ihre tiefsten Spuren eingräbt. So sind lehtin in rascher Folge die zum Gouldschen System gehörigen International and Great Northern, Western Maryland, Wabash und Pittsburg, Terminal- und Wheeling und Lake Erie-Bahnen als zahlungsunfähig erklärt worden. „Aehnlich wie beim Gouldschen System“, schreibt loeben die „Postische Zeitung“, „spielt auch bei den jetzigen Schwierigkeiten der Erie-Bahn die Erschöpfung der Kasse durch neue Bauten eine Rolle. Während sich in normalen Zeiten die Mittel für solche Zwecke leicht durch Ausgabe neuer Titres hätten beschaffen lassen, muß die Bahn jetzt erklären, daß sie die Vereinfachung der Zinscheine der Bonds einstellen werde, um dadurch Mittel für die Durchführung der Verbesserungsarbeiten zu gewinnen. Es wird von einer mehrjährigen „Forderung der Kupons“ gesprochen, was dahin auszulegen sein dürfte, daß die Kupons bis auf weiteres in neuen Titres bezahlt werden.“ Alle Hoffnung setzt man deshalb auf die Ernte, die in Amerika so oft den Eisenbahnen und der Binnenschifffahrt und damit der Eisenindustrie und anderen Gewerben neues Blut und neues Leben zuführt. Nach den letzten Nachrichten erwartet man in der Tat nicht nur eine vorzügliche und ergiebige, sondern auch eine frühzeitige Ernte. Aber wer kann dafür bürgen und welche anderen Kräfte können auch sonst noch in der Zwischenzeit wirksam werden?

Die deutsche und überhaupt die kontinentale Depression verläuft zweifellos ruhiger und weniger sprunghaft. So betrug die deutsche Roheisenproduktion

	1908	1907
	Tonnen	
im Januar . . . . .	1 061 829	1 062 152
„ Februar . . . . .	994 183	978 191
„ März . . . . .	1 046 998	1 099 257
„ April . . . . .	979 866	1 077 703

Januar bis April zusammengerechnet, stand also das Vorjahr nur um drei bis vier Prozent über dem laufenden Jahr. Speziell die obersteleische Roheisenproduktion hat sich sogar, bis Ende Mai, ohne Unterbrechung noch immer weiter gesteigert. Von Januar bis Mai ergab hier nämlich die Roheisengewinnung

1905 . . . . .	343 807	Tonnen
1906 . . . . .	367 050	„
1907 . . . . .	382 770	„
1908 . . . . .	397 395	„

Aber schon der Kurssturz fast aller Montanwerte an den Börsen beweist, daß sich für die gesamte Eisenindustrie, von den Augenblickserfolgen der einzelnen Wettbewerbsgruppen geseit, abgesehen, vieles zum Schlimmeren geändert hat. Die Vorräte nehmen in rapider Weise zu, die Verbraucher decken nur den allerdringendsten Bedarf, weil sie nicht glauben, daß die Rohstoffsyndikate noch lange in ihren Preisen festhalten können. Biersch wird die Pro-

duktionseinschränkung nur deshalb zunächst noch vermieden, weil gemächte Werke auf die Weiterverwertung der Hochofengase eingrichtet sind und ihre angegliederten Betriebe nicht stoden lassen wollen; sie forcieren lieber den Absatz, können das jedoch nur eine Zeitlang und bis zu einer gewissen Grenze tun. Die Nachrichten über den drohenden Zerfall einer Reihe von Syndikaten sind wahrscheinlich wie immer bei bevorstehenden Erneuerungs- und Verlängerungsverhandlungen übertrieben; aber sie zeigen doch, daß viele Montanwerte sich unbehaglich fühlen und sich deshalb auf Kosten ihrer Syndikatsgenossen freieren Spielraum verschaffen möchten.

In der Textilindustrie hat sich wenig verändert. Zwischen den deutschen, österreichischen und belgischen Flachspinnern ist jedoch eine Verständigung erzielt worden, vom 15. Juni an sechs Wochen anstatt 60 nur 50 Stunden wöchentlich arbeiten zu lassen. Die Zute-spinnereien und -webereien haben die Preise wesentlich herabgesetzt.

Das Ende der Getreidehaufe ist schon so oft verhängt worden, daß man fast Bedenken trägt, eine Voraussage zu wagen. Doch scheinen numehr die Ernteausichten den Preistreibern der Mut zu nehmen. Zunächst stehen wir noch in einer Uebergangszeit mit mancher Ungewißheit und darum mit geringer Betätigungslust des Handels. Die Preise, die im Mai zeitweise, nach so vielen vorangegangenen Schwankungen, nochmals anwogen, sind aber schon seit Ende Mai fast stetig herabgeglitten: Juliweizen in Berlin von 221½ Mark am 26. Mai auf 209 bis 210 Mark am 13. Juni, Juliroggen gleichzeitig von 196 auf 189 bis 190 Mark. Gegen die Vorjahre vor 1907 sind das noch immer sehr hohe Preise und selbst 1907 begannen die Preise erst im Herbst diesem Stande zuzustreben und ihn zeitweise noch beträchtlich zu überholen.

Eine Widerspiegelung der Produktionsflaute, der Absatz- und Zahlungsschwierigkeiten bietet für die jetzt vorliegende deutsche Konjunkturstatistik für das erste Vierteljahr 1908. Danach hat die Zahl der Konturseröffnungen erheblich zugenommen, obwohl einer Menge von Anträgen, zum Teil wegen vollständigen Massenmangels, gar nicht erst stattgegeben wurde. Es sind von den Gerichten des Deutschen Reichs 2635 Konturseröffnungen eröffnet gegen 2063 im ersten Vierteljahr 1907, also jetzt 572 oder 27,7 Prozent mehr. Von den Konturseröffnungen entfallen 1475 auf Preußen, 337 auf Sachsen, 238 auf Bayern, 122 auf Württemberg usw. Unter den preussischen Provinzen stehen oben das Rheinland mit 232 und Schlesien mit 183 Konturfürten. Auf die 41 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern entfallen 720 Konturfürten, also 27,3 Prozent, der Gesamtzahl. Im ganzen Reich sind 554 (1907: 453) Anträge auf Konturseröffnung lediglich wegen Massenmangels abgelehnt worden, darunter 63 in Berlin.

Berlin, 14. Juni 1908.

Nicht allzulange freilich währt gewöhnlich diese Ungebundenheit — denn Proletarier sind keine Glibetrotter, die mit gefülltem Beutel oder mit dem Scheffel in der Tasche reisen können —, der Hunger zwingt die meisten recht bald, wieder Arbeit anzunehmen, wenn auch oft nur auf kurze Zeit. Trotzdem sind es ihrer nicht wenig, die auf der „Walze“ die gesamten deutschen Vaterländer kennen lernen, und gar manche sind wiederum darunter, die die Grenzen überschreiten und im Ausland Brot und neue Kenntnisse, vielleicht auch etwas mehr Freiheit suchen. Vielleicht finden sie das Gesuchte, und aus der kurzen Zeit, die sie sich vorgenommen hatten, zu bleiben, werden manchmal Jahre. Dadurch aber büßen die Betreffenden in der Heimat etliche Rechte ein, von denen hier nur das die Invalidenversicherung betreffende erwähnt werden soll.

Die nur in Deutschland Wandernden bleiben — sobald sie in einem entsprechenden Arbeitsverhältnis stehen — außer gegen Unfall und Krankheit auch gegen Invalidität versichert; der Unternehmer ist verpflichtet, die Marken in die Quittungsstärke zu kleben oder die Beiträge an die dazu bestimmten Stellen abzuführen. Den ausländischen Unternehmer treffen die Bestimmungen des deutschen Invalidenversicherungsgesetzes natürlich nicht; will der deutsche Arbeiter im Auslande seine Rechte, seine Anwartschaft auf eine Rente wahren, so muß er nach Auscheiden aus dem letzten versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse die Versicherung freiwillig fortsetzen. (Diese Möglichkeit ist in dem neuen Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1889 vorgegeben und hat seit dem 1. Januar 1900 Geltung.) Er wende sich deshalb an die Versicherungsanstalt, die seine letzte Karte ausgestellt hat, und beantrage seine Weiterversicherung. Dabei steht dem Nachsuchenden frei, in welcher Lohnklasse er weitersteuern will. Nötig ist nur, daß er innerhalb zweier Jahre 20 Beitragsmarken klebt. Die geklebten Marken sind zu entwerten, und zwar durch Tinte oder durch Farbstoff, handschriftlich oder durch Stempel. Der Tag der Entwertung ist in Ziffern anzugeben, also etwa: 22. 4. 08., 6. 8. 09. usw. Da die Quittungsarten vom Tage der Ausstellung ab nur zwei Jahre Gültigkeit haben, ist auch der rechtzeitige Umtausch der Karten nicht zu vergessen. Durch diese Weiterversicherung sichert sich der Arbeiter für alle Fälle die Anwartschaft auf Rente, selbst wenn er jahrelang sich im Auslande aufhält. Kehrt er wieder nach Deutschland zurück und tritt er hier wieder in ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, so klebt der Unternehmer wieder weiter und die vor dem Verlassen Deutschlands gezahlten Beiträge rechnen mit, was im Falle eintretender Invalidität für die Höhe der Rente außerordentlich wichtig ist.

### Gemäßregelten-Unterstützung

beziehen zurzeit viele Mitglieder unseres Verbandes. Es liegt dieses auch in der Natur der Sache, indem die Unternehmer bestrebt sind, in der niedergehenden Konjunktur sich der „Elemente“ zu entledigen, die vordem befreit waren, ihre Arbeitsgenossen und -Genossinnen über ihre traurige wirtschaftliche Lage aufzuklären. Aber es darf nicht vergessen werden, daß der einzelne Kollege, daß die einzelne Kollegin in der Agitation, in der Werbung für den Verband usw. stets die nötige Vorsicht anzuwenden hat. Diese Vorsicht wird sich je nach dem Betriebe zu richten haben, in dem der einzelne beschäftigt ist. Und wenn man z. B. die Ursachen jeder einzelnen Maßregelung nachprüfen würde, so würde sich herausstellen, daß doch noch mancher darunter sich befände, der die so nötigen Vorschriften in der Agitation außer acht gelassen hat. Vorbedingung für unsere in der Agitation im Vordergrund stehenden Kollegen ist, daß sie sich stets als fleißige, pünktliche und nuchterne Leute zeigen, denn nur vor solchen Kollegen wird der Gegner Respekt haben, nur solche Kollegen werden Erfolge in der Agitation zu verzeichnen haben. Dem Unternehmer gegenüber müssen durch moralisches Betragen sämtliche eventl. Angriffspunkte genommen werden, dem Unternehmer darf in keiner Weise durch die Schuld des einzelnen Kollegen Anlaß zum Einschreiten in irgend welcher Beziehung gegeben werden. Wird ein solcher Kollege dann entlassen, dann kann man den Grund der Entlassung als einen tiefer liegenden suchen.

Ist dann die Maßregelung festgestellt, bezieht der betreffende Kollege seine statutarische Unterstützung, so entsteht dann die weitere Pflicht des Kollegen, stets nach Arbeit umzufragen. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich dringend, jeden Tag Fußlung mit der Geschäftsstelle zu haben, um dort evtl. freigewordene Stellen zu erfahren. Es ist durchaus nicht am Platze, daß sich gemäßregelte Kollegen die ganze Woche nicht bliden lassen, nur Samstags, um Geld zu holen. Der Verband hat in dieser Zeit der Gemäßregelten-Unterstützungsperiode doch einen gewissen Anteil an der Arbeitskraft der betreffenden Kollegen, in mancher Geschäftsstelle ist dieses oder jenes zu tun, dieser oder jener Gang zu machen; hierzu müßten sich die gemäßregelten Kollegen zur Verfügung stellen. Ferner meinen die Kollegen, sie dürften nun partout keine andere als ihre eigentliche Berufsarbeit annehmen; das ist falsch. Arbeit schändet nicht. Ist ein gemäßregelter Arbeiter dazu in der Lage, schwerere Arbeiten zu verrichten, so sollte zugegriffen werden. Selbstverständlich soll das nicht heißen, daß der Mann nun um jeden Spottpreis Arbeit anzunehmen hat, denn wir wollen unsere Leute nicht als Lohnbrüder gebraucht wissen, auch nicht in anderen Berufen. Der betreffende Arbeiter wird auch schon direkt erfahren, ob er unter dem in der Branche befindlichen Lohn bezahlt wird. Bei nur teilweiser Beschäftigung z. B. könnte von der Organisation das Fehlende bis zur vollen Höhe daraufbezahlt werden. Dann sei noch darauf hingewiesen, daß die maßgebenden Personen, bezw. die Mitglieder-Versammlungen, die doch die evtl. Maßregelung zu prüfen haben, alles genau erwägen sollen, bei Zuerkennung der betreffenden Unterstützung. Hier dürfen keine persönlich-freundschaftlichen Gefühle eine Mitbestimmung haben, sondern hier muß es heißen: Recht, dem es gebührt. Wenn nach obiger Weise verfahren wird, dann ist man sicher, daß die Gelder der Kollegen nicht unnötig verausgabt werden und mancher Kollege wird auf diese oder jene Weise wieder zu Arbeit und Verdienst kommen.

### Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

#### Deutsches Reich.

(Wochenbericht)

Die Bewegung im Strumpfbereich des Erzgebirges behandeln wir in mehreren selbständigen Artikeln. Die Weberbewegung bei Jos. Königsberger in Aachen befindet sich noch auf dem früheren Stande.

Der Stand des Streiks in der Buntnweberei von Bergmer u. Geist in Salza wäre ein guter, wenn die Firma nicht schon 24 Mauerreißer im Betriebe hätte und wenn sie nicht in Bernterode noch eine Fabrik mit 100 Webstühlen unterhalten würde, die aber mit Votarbeit aus Salza versorgt wird. Beide Betriebe wären sofort lahmgelegt, wenn in Salza ein Ersatz für Zettlerinnen und Schlichter nicht beschafft werden könnte. Die Löhne in Bernterode sind niedriger als in Salza. Demnach wird eine große Tuchfabrik eröffnet. Wenn sich mit Rücksicht darauf die Arbeiter und Arbeiterinnen, die jetzt noch in der bestreikten Fabrik in Salza tätig sind, der Bewegung anschließen — wenn dies namentlich die Votarbeiter tun —, dann muß der Kampf gewonnen werden.

Wenn sämtliche Weberinnen in dem Bernteroder Betriebe zugunsten der Streikenden in Salza ebenfalls die Arbeit verweigerten — Unterstützung ist ihnen vom Deutschen Textilarbeiterverbande gewiß — dann würde wohl die Firma die angebotenen Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen annehmen.

Lassen die Bernteroder die Ausständigen im Stich, so wird weiter gekämpft, mag der Streik noch so lange dauern. Es kommt auch wieder ein besserer Geschäftsgang! Ob aber dann noch die 70 Streikenden — darunter circa 40 Ledige — für die Gebrüder

Geist zu haben sein werden, möchten wir stark bezweifeln, denn schon jetzt ist eine große Neigung, namentlich unter den Arbeiterinnen, Salza zu verlassen. Intelligente Arbeiter und Arbeiterinnen kann die Firma so leicht nicht beschaffen. Was einmal fort ist, kommt so leicht nicht wieder.

**Spitzenweber.** Der Aussperrungsprozess in der Spitzenweberei von Landmann u. Hellwig in Zwida u. nimmt die Formen an, die man längst schon vermutete. Die Fabrikanten sämtlicher Spitzenwebereien stehen anscheinend hinter dieser Firma. Nachfolgender Brief gibt uns ein klares Bild über die Absichten der Firma:

„Wichtig u. Co. Grimma, 15. Juni 1908.“

Gern . . . . . Auf Ihr gefl. Schreiben von gestern teilen wir Ihnen mit, daß wir Weber zum Anlernen nicht einstellen.

Soweit es uns bekannt ist, können Sie aber bei der Firma Landmann u. Hellwig, welche Weber anlernt, Arbeit finden, sobald Sie zu keiner Organisation gehören.

Hochachtend (Firmenstempel.)

Wie uns noch mitgeteilt worden ist, sucht der Gardinenwebmeister Kober in Auerbach i. V. Gardinenweber und -stricker zum Anlernen, bei 25 Mk. Wochenlohn. Wir erlauben die dortigen Kollegen, scharf auf dem Posten zu sein und Zugzwang strengstens fernzuhalten.

Die Aussperrung der Handruder in Penig (A. Glaser Nachf.) dauert unverändert fort.

Der Kampf der Cord- und Kesselweber bei Pongs u. Bahn in Biersen hat auch keine Veränderung aufzuweisen.

### Ausland.

**Oesterreich.** Die Aussperrung der Gummweberei in Neubruck dauert nun 18 Wochen und es ist ihr Ende noch immer nicht abzusehen. — Die Aussperrung der Seidenfärber in Wien-Stablaun dauert nun 14 Wochen, die allgemeine Aussperrung der Wiener Seidenfärber 5 Wochen. Für die Seidenindustrie ist diese Aussperrung schon zu einer Katastrophe geworden, die bereits Betriebsreduktionen mit sich gebracht hat. Die Arbeiter stehen unerschütterlich fest und beharren auf der Erfüllung ihrer bestehenden Forderungen; sie sind alle organisiert, nur ein einziger hat sich gefunden, der zum Verräter und Streifbrieger wurde — ein einziger unter etwa 500 —, ein Mann, dem das Streifbrechen schon vor früher ein bekanntes Metier ist.

**Belgien.** Die Textilarbeiter von Renaix befinden sich schon seit mehreren Wochen im Auslande. In Renaix werden namentlich leichte Webstoffe für Damen hergestellt. Die Muster wechseln sehr häufig und bei der Abmessung des Lohnes der neuen Muster kam es zu Differenzen. Die Arbeiter forderten einen Centime (also noch nicht einmal 1 Pf.) mehr pro Meter, während die Fabrikanten ¼ Centime bewilligen wollten. Am 28. April wurde die betreffende Fabrik geschlossen und die übrigen Fabrikanten des Ortes versuchten nun, die Streitarbeit bei sich herzustellen zu lassen. Die Arbeiter weigerten sich, diese Arbeiten zu übernehmen. Ein Versuch des Arbeitrats dieses Distrikts, eine Einigung zu erzielen, mißlang, und so ruht jetzt die Arbeit in sämtlichen Fabriken. Die Zahl der Streikenden bezw. Ausgesperrten beträgt circa 3000; hierzu werden in Wälder noch die Arbeiter der Färbereien kommen, falls nicht mittlerweile eine Verständigung erzielt wird.

**Norwegen.** Eine Textilarbeiteraussperrung ist am 2. Juni in Kristiania ausgebrochen. 1800 Personen sind von ihr betroffen.

**Rußland.** Im Wilnaer Rajon streifen 4000 Strumpfwirker und -wirkerinnen und bitten um materielle Unterstützung. Das Streikkomitee verwendet folgenden Brief, den wir mit der Bitte um weiteste Verbreitung wiedergeben:

„Der Streik verläuft jetzt unter weit schlechteren Verhältnissen wie bisher. Die Polizei, die sich bis zur letzten Zeit nicht in den Streik mischte, verhaftete dieser Tage eine Menge Personen. Infolgedessen wurde die Organisation sehr geschwächt. Die Arbeitgeber mühten diese Situation aus und brachen die Verhandlungen ab, die bereits mit einem vollen Sieg der Arbeiter zu Ende geführt wurden. Die Situation ist infolgedessen weit ernster geworden.“

Die Lage wird dadurch verschlechtert, daß während der letzten Wochen fast kein Geld eingegangen ist. . . . Die Stimmung der Masse ist gesunken und die Zahl der Streifbrieger unter der Einwirkung der Unterhandlungen, die die Arbeitgeber zu ihren Gunsten auszunutzen, gewachsen. Trotzdem sind wir entschlossen, den Streik fortzusetzen, und hoffen, ihn siegreich zu Ende zu führen.“

Genossen! Wir wenden uns an Euch und bitten, uns schlenmigt Hilfe zu bringen.

Wir streifen bereits 15 Wochen! Laßt uns nicht ohne Hilfe!

### Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

#### Ausland.

**Schweden.** In Mittelschweden und einem Teil von Südschweden sind etwa 10 000 Bauarbeiter wegen Lohnfreitragigkeiten vom Arbeitgeberverbande ausgesperrt worden. Falls keine Einigung erzielt werden sollte, sind weitere Aussperrungen zu erwarten.

### Politische Nachrichten.

Die preussischen Landtagswahlen haben der Sozialdemokratie in der Hauptwahl 6 Mandate gebracht: Berlin 5 (Vorgmann), 6 (Heimann), 7 (Hirsch), 9 (Ströbel), 11 (Dr. Stehnecht), Linden (Reinert). Rixdorf-Schöneberg ist leider nicht gewonnen worden. In Berlin 12 kommt die Sozialdemokratie in Stichwahl.

### Soziales.

**Gewerbegerichtswahlen in Markkirch i. Elb.** Am Sonntag, den 14. Juni, fanden die Gewerbegerichtswahlen für den Gewerbegerichtsbereich Markkirch statt. Die Beteiligung an der Wahl war, obwohl keine Gegenliste vorhanden war, eine ziemlich rege. Stimmentzettel wurden abgegeben 590. Gewählt wurden auf die Dauer von 6 Jahren August Ansel mit 567, Jakob Antenat und Karl Droger mit 563 Stimmen; Georg Verisch wurde mit 539 Stimmen auf die Dauer von 8 Jahren gewählt. Es sind damit alle vier vom Deutschen Textilarbeiterverbande aufgestellten Kandidaten gewählt. Als Beisitzer der Arbeitgeber wurden gewählt: André Baumgartner, René Blech und Charles Jelmé.

Ist eine Krankenkasse verpflichtet, das Zahnplombieren zu bezahlen? Diese Frage wurde kürzlich vom Amtsgericht Straßburg bejaht. Sie ist auch bereits früher im gleichen Sinne entschieden worden, nur ist dies zu wenig in Arbeitkreisen bekannt. In der Regel sind es Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, die da meinen, für dieses Heilmittel nicht aufkommen zu brauchen. Auch bei der neuesten Entscheidung richtete sich die Klage gegen die Väterinnungskranken-, Unterstützungs- und Sterbekasse Straßburg. Der Väter Johann Schuler zu Straßburg litt im Dezember 1907 an Zahnschmerzen und begab sich hierauf zum Zahnarzt, der ihm den schmerzenden Zahn plombierte. Hierfür verausgabte er 5 Mk. Die Kasse weigerte sich, diesen Betrag zu ersetzen. Schuler wandte sich an das Arbeitersekretariat. Letzteres versuchte zunächst durch die untere Verwaltungsbehörde, den Bürgermeister, den Streik beizulegen. Die Innungskrankenkasse verweigerte wiederum die Zahlung; nunmehr wurde der ordentliche Klageweg beschritten. In der mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht erklärte der

Vorsitzende der Kasse, Herr Jdler, die Kasse bestehe schon 21 Jahre und habe noch nie das Zahnplombieren bezahlt, sie könne dies auch jetzt nicht tun. Vergleichsweise wolle sie indessen zwei Drittel der entstandenen Kosten, die auch in ihrer Höhe zu beanstanden seien, bezahlen, wie auch die Ortskrankenkasse nur diesen Betrag ihren Mitgliedern ersehe. Dem entgegnete der Amtsgerichtsrat mit Recht, die Kasse müßte doch auch etwas mit der Kultur vorwärts schreiten; unter der Rücksichtigkeit der Kasse könnten doch die Mitglieder nicht leiden. Es erging hierauf das Urteil, welches wir in Abschrift folgen lassen:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger den Betrag von 5 Mk. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem Klagezuge zu bezahlen. Die Kosten des Rechtsstreites werden der Beklagten auferlegt. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

In den Gründen wurde unter anderem ausgeführt: „Was Krankheit ist, sagt das Gesetz nicht. Im Sinne des Gesetzes wird darunter indessen ein Zustand der Störung in der normalen Körperbeschaffenheit eines Menschen zu verstehen sein, welcher in der Notwendigkeit der Behandlung oder in einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit wahrnehmbar zutage tritt. (Rosin Arbeiterversicherung I S. 46.) . . .“

Als Krankenunterstützung hat nun die Beklagte dem Kläger vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, freie Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel zu gewähren. (§ 6 Ziff. 1 Krankenversicherungsgesetz § 5 Ziff. 1 des Statuts der Beklagten.) Ärztliche Behandlung ist Behandlung durch einen Arzt. Als Arzt ist anzusehen eine als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt und Tierarzt) approbierte Person. (§ 29 C. 6.) Es ist mithin auch die Behandlung durch einen approbierten Zahnarzt als ärztliche Behandlung anzusehen. Dafür nun zwischen dem Plombieren eines Zahnes und dem Ausreißen einen Unterschied zu machen, letzteres als ärztliche Behandlung anzusehen, ersteres dagegen nicht, fehlt es an jedem inneren Grunde. Die Anwendung dieser Grundfälle auf den vorliegenden Fall ergibt die Verpflichtung der Beklagten, das fragliche Zahnplombieren zu bezahlen.“

Dieses Urteil ist jetzt rechtskräftig geworden. Mögen nunmehr auch die Arbeiter die Nutzenanwendung daraus ziehen und überall in den Kassen darauf hinwirken, daß die Kassen nach dem Urteil handeln.

### Gerichtliches.

Kollege Albin Reichelt in Chemnitz und Genosse E. Haubold daselbst sind beklagt wegen eines Renfoures mit dem bekannten Schneider Kröner daselbst anlässlich der Wahl von Vertretern zur gemeinsamen Ortskrankenkasse in Chemnitz zu 5 bezw. 2½ Monaten Gefängnis vom dortigen Schöffengericht verurteilt worden. Sie legten natürlich, gegen dieses wegen seiner Härte höchst befremdliche Urteil Berufung ein. Diese kam am Montag, den 15. Juni, vor dem Landgericht Chemnitz zur Verhandlung; sie endete mit der Verurteilung Reichelts zu 1 Monat Gefängnis und der Haubolds zu 150 Mk. Geldstrafe. Verteidiger waren die Rechtsanwälte Wolfgang Seine-Berlin und Dr. Müller, wie wir glauben, aus Chemnitz. In der Urteilsbegründung wurde unter anderem gesagt, daß die erweiterte Beweisaufnahme ergeben habe, daß die Feststellungen des Schöffengerichts zu weitgehend gewesen. Diese stützten sich in der Hauptsache auf Krönners Aussagen. Die gegen dessen Glaubwürdigkeit geführten Gründe seien aber nicht durchschlagend gewesen. Es liege nur eine Handlung vor, während die Vorinstanz weitere angenommen habe. Das schöffengerichtliche Urteil war nicht aufrecht zu erhalten. Eine mildere Auffassung schien geboten. Beide Angeklagte hatten in Erregung gehandelt und es müsse gesagt werden, daß diese durch die Schimpfereien und Zurufe der anderen Partei herbeigeführt worden ist. Den Verurteilten geht auch dieses Urteil noch zu weit und sie wollen dagegen Revision einlegen. Recht so! Wenn man bedenkt, in welcher unverantwortlichen Weise von den sogenannten Rationalen bei dieser Wahl gegen unsere Genossen gehandelt worden war, weiter: welches Gebränge im Vorraum zum Wahllokal nach Aussage der Zeugen geherrscht haben muß, wenn man nicht erwägt, daß von den behaupteten Vorgängen keiner der am Wahllokal stationiert gemessenen Polizeibeamten etwas wahrgenommen hat und wenn man sich vor Augen führt, daß der Hauptbelastungszeuge und Urheber der Anklage Reichelt in unqualifizierbarer Weise beschimpft hatte, weswegen er erst vor kurzem zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt worden ist, und daß er Haubold mit einem Schirm gestossen haben soll, worauf dieser ihm erst einen Schlag ins Gesicht versetzt habe, so hätte man, wenn nicht einen bölligen Freispruch, so doch eine nur ganz geringe Geldstrafe für beide Angeklagte erwarten können.

### Aus Handel und Industrie.

90 Millionen Jahresumsatz der Krefelder Samt- und Seidenindustrie im Jahre 1907. Die Handelskammer zu Krefeld macht aus ihrem Jahresbericht für 1907 folgende vorläufige Veröffentlichungen:

An der Statistik der Krefelder Samt- und Seidenindustrie waren beteiligt: 23 Samtfabriken (i. B. 23), 75 Stofffabriken (i. B. 80) und 9 Betriebe (i. B. 8), die sowohl Samt als Stoff herstellen. Die Statistik umfaßt alle in Betracht kommenden Krefelder Häuser und deren nicht selbständige auswärtige Betriebe, jedoch nicht die Etablissements, die für Rechnung auswärtiger Häuser in Krefeld arbeiten.

Es ergibt für das Jahr 1907 eine Steigerung des Wertes des Gesamtumschlages von über 7¼ Millionen Mark.

Während im Jahre 1906 der Umschlag 82 909 835 Mk. betrug, bezifferte er sich im Berichtsjahre auf 90 157 582 Mk. Von dieser Steigerung kommen über 4¼ Millionen Mark auf Samt und Samtfabrikate und beinahe 2¼ Millionen Mark auf Stoff und Stoffband. Bei den Samtwaren ist die erhöhte Umschlagziffer sowohl durch vermehrte Produktion als auch durch gesteigerte Preise veranlaßt, während sich das Mehr von 2¼ Millionen beim Stoffumschlag nur durch höhere Preise erklärt.

Auf das Geschäft mit Deutschland fallen 54 274 894 Mk., und zwar 14 593 281 Mk. für Samt und 39 681 613 Mk. für Stoff. Was die übrigen Länder betrifft, so hat auch hier sich der Umschlag dem Werte nach allenthalben erhöht, bis auf den Umschlag in Stoffen nach „außereuropäischen Ländern“, der sich um circa 350 000 Mk. verringerte.

In Prozenten berechnet verteilt sich der Umsatz auf die einzelnen Länder während der letzten fünf Jahre wie folgt:

	1903	1904	1905	1906	1907
Deutschland	54,45 %	55,98 %	60,00 %	61,59 %	60,20 %
Oesterreich-Ungarn	2,65 "	3,07 "	2,71 "	2,93 "	3,09 "
England	19,67 "	19,61 "	16,92 "	15,56 "	15,53 "
Frankreich	5,96 "	6,18 "	5,70 "	5,40 "	6,64 "
Anderer europäische Länder	6,21 "	5,78 "	6,47 "	6,69 "	7,31 "
Außereuropäische Länder	11,06 "	9,38 "	8,20 "	8,03 "	7,23 "
	100,00 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %	100,00 %

Der Umschlag in Samtwaren ist von 26 192 102 Mk. im Jahre 1906 auf 30 564 643 Mk. im Jahre 1907, also um 4 392 541 Mk. gewachsen.

Der Umschlag in ganz- und halbseidenen Stoffen ist der Wertziffer nach von 56 717 733 Mk. im Jahre 1906 auf 59 572 239 Mk. im Berichtsjahre, also um 2 855 206 Mk. gestiegen.

Sachsen als Industriestaat. Die starke Beschäftigung, welche das Jahr 1907 durch die Hochkonjunktur der sächsischen Industrie gebracht hat, kommt nach dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1908 in einer Vermehrung der Betriebe zum Ausdruck.

Es stieg vom 1. Mai 1906 bis zum gleichen Datum des Jahres 1907 die Zahl der Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen (Hierunter sind zu verstehen: Zimmerplätze, Bildhauerwerkstätten, Biegeleien, Bädereibetriebe und ähnliche Unternehmungen, für welche gewisse Bestimmungen der Gewerbeordnung in Anwendung kommen) von 22 952 auf 24 707, und gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 644 480 auf 685 319. Es ist nun von besonderem Interesse, zu verfolgen, wie sich diese immerhin bedeutende Zunahme auf die einzelnen Größenklassen verteilt. Danach ergibt sich folgende Tabelle:

Betrieb mit	1-10 Arbeitern	1906	1907	Zunahme
"	10-24	9 909	10 365	456
"	25-49	4 720	4 929	209
"	50-99	2 351	2 441	90
"	100-499	1 472	1 551	79
"	500 oder mehr	1 254	1 312	58
		111	132	20

Aus dieser statistischen Uebersicht ist wieder zu ersehen, daß Sachsen das Land der Klein- und Mittelbetriebe ist. Diese Betriebe, wie im Westen des Deutschen Reiches, finden sich nur sehr vereinzelt, dagegen sind die mittleren Betriebe zahlreich vertreten. Es ergibt sich nach der vorstehenden Aufstellung eine starke Vermehrung der kleinen Betriebe. Aber auch die Betriebe, die man als industrielle Fabrikbetriebe bezeichnen kann, haben nach der Tabelle eine wesentliche Vermehrung erfahren. Es wird sich hier jedoch vielfach nicht um Neugründungen handeln, sondern vielleicht darum, daß die Betriebe durch vermehrte Einstellung von Arbeitern in die nächsthöhere Klasse eingerechnet worden sind. Dies dürfte insbesondere von den Betrieben gelten, die über 500 Arbeiter beschäftigen. — Kapitalkonzentration. Nach einer reichsstatistischen Zusammenstellung entstanden im Jahre 1907 im Königreich Sachsen 15 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 21 250 000 Mk., während sieben bestehende Gesellschaften mit einem Kapital von 4 559 000 Mk. durch Liquidation, Konkurs oder anderweitig sich auflösten. Bei den übrigen im Königreich Sachsen bestehenden Aktiengesellschaften erhöhte sich das Kapital durch Neuausgabe von Aktien um insgesamt 22 Millionen Mark.

### Bermischtes.

Wierzig Jahre Gewerkschaftsbeamter. Die „Cotton Factory Times“ vom 2. Mai enthält einen überaus interessanten Bericht über den Entwicklungsgang eines der angesehensten englischen Textilarbeiterführer. Mr. L. Ashton, F. R., Oldham, feiert am 10. Juli das Jubiläum der 30jährigen Präsidentschaft der „Oldham Operative Cotton Spinners Association“. Ueber den Werdegang dieses Mannes seien in Kürze die wichtigsten Daten mitgeteilt. In diesen Daten spiegelt sich gewissermaßen die Arbeiterbewegung dieser Zeit wieder. Mr. Ashton wurde zu Oldham am 15. August 1841 geboren. Vater und Mutter arbeiteten in Textilfabriken. Mit neun Jahren mußte der kleine Ashton als „Halbzeiter“ zur Fabrik; mit 13 Jahren war er „Vollzeiter“. Ausgestattet mit dem Wissen, das damals den Kindern der Arbeiterklasse verabreicht wurde, trat er in eine Abendsschule ein, um nach des Tages Arbeit in der Fabrik an seiner eigenen Ausbildung mit Fleiß und Energie zu arbeiten. Damit hatte er so viel Erfolg, daß er, eben 20 Jahre alt, Lehrer an derselben Schule wurde, in der er Schüler gewesen war. In seinen noch freien Abendstunden besuchte er das „Oldham Theum“, wo er Stenographie erlernte. Nach 7jähriger Lehrtätigkeit an der Abendsschule wurde er noch Lehrer an einer Sonntagsschule. Daneben leitete er noch einen Spezialkursus für Spinner. Bis 1868 hatte er seine Arbeit in der Fabrik fortgesetzt.

Im Frühjahr 1868 entschloß er sich, der Fabrikarbeit Valet zu sagen und sich ganz der Tätigkeit als Lehrer an einer Tagesschule zu widmen. Im selben Jahre wurde er von einer Deputation seiner ehemaligen Kollegen ersucht, den Posten eines Sekretärs ihrer Organisation zu übernehmen. Er ließ sich bereit finden, ganz in den Dienst der Arbeiterfrage zu treten und übernahm sein neues Amt am 6. August 1868. Zehn Jahre später übernahm er die Präsidentschaft der Organisation. Von den Reformen und Erfolgen, die von den Arbeitern unter Ashtons Führung erreicht wurden, hebt der Bericht hervor:

Die Anerkennung der Organisation von Seiten der Unternehmer; die Veseitigung der 14tägigen und die Einführung der wöchentlichen Föhrung am Freitag; Lohnstarife für Spinner und Bezahlung nach der Uhr (Indikator) statt nach Gewicht; Reduktion der Arbeitszeit von 60 auf 55 1/2 Stunden pro Woche und Schluß der Arbeit am Sonnabend um 12 Uhr mittags anstatt um 2 Uhr; Abschaffung jeden Strafsystems für den ganzen Distrikt; Ausdehnung der Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes auf 116 1/2 Stunden pro Jahr (zwei Wochen); Abschaffung des Reinigens der Maschinen und Verbot der Vornahme von Reparaturen während der Pausen und anderes mehr. Daneben hat eine beständige Steigerung der Löhne stattgefunden. Die Organisation selbst hat einen ganz respektablen Kriegsfonds sich geschaffen. In allen Kämpfen hat Ashton den lebhaftesten Anteil genommen, und die Kollegenschaft verdankt seiner Unermüdbarkeit einen großen Teil ihrer Erfolge. Seit dem Jahre 1890 ist er Friedensrichter in Oldham. Aus Anlaß seines Jubiläums wünschen ihm seine Kollegen, daß er noch recht lange fähig sein möge, ihre Organisation zu leiten. Diesem Wunsche schließen wir uns an. W. R.

### Betriebsunfälle.

Die bei der Firma Diehl u. S. o. (Appretur) in Marfisch i. G. beschäftigte 16jährige Arbeiterin S e h e r r aus E d i r c h kam mit der Hand in das Naderwerk der Maschine und wurde schwer verletzt. Wären überall an den Maschinen richtige Schutzvorrichtungen vorhanden, könnten fast alle diese Unfälle, die in letzter Zeit in den Appreturen so häufig vorkommen, verhütet werden. Ist das Unglück geschehen, wird so schnell wie möglich und wenn möglich, noch bevor der Fall untersucht wird, eine Schutzvorrichtung angebracht. Warum aber immer erst, wenn das Unglück geschehen ist?

### Berichte aus Fachreisen.

Deutsch-Rumbach i. G. Am 9. Juni traten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Weberei Lamotte u. S. o. hier in den Ausstand. Ursache dazu gab ihnen eine neue Bestimmung der Firma, wonach die bis jetzt erfolgte Aufrechnung sämtlicher fertigestellter Ware, auch derjenigen, die sich noch auf den Webstühlen befand, unterbleiben, und für den Zahltag nur noch diejenige Ware berechnet werden sollte, welche die Arbeitererschaft bis dahin abgeliefert hat. Da die Arbeitererschaft ohne vorherige Kündigung die Arbeit einstellte, glaubte sich die Firma Lamotte berechtigt, der Arbeitererschaft den verdienten Lohn von einer Woche einbehalten zu dürfen. Die Sache kam am Dienstag, den 16. Juni, vor das Gewerbegericht zu Marfisch zu einem Sühneterrn, in dem der Firma anheimgestellt wurde, der Arbeitererschaft den Lohn auszubezahlen, da die Firma die neu einzuführende Bestimmung über die Berechnung des Zahltages nach der Gewerbeordnung mindestens 2 Wochen vor Einführung derselben durch Anschlag der Arbeitererschaft hätte bekanntgeben sollen. Als am Mittwoch die Arbeitererschaft den Zahl-

tag verlangte, wurde ihr vom Direktor mitgeteilt, sie sollten erst an ihre Stühle gehen und arbeiten, dann erst würde ihnen ihr Lohn ausbezahlt werden. Doch die ganze Rebekunst des Herrn Direktors scheiterte an der Solidarität der Arbeitererschaft, die vor dem Hofort stand und ungestüm ihren Zahltag verlangte. Die Firma mußte notgedrungen im Laufe des Vormittags der Arbeitererschaft den einbehaltenen Lohn auszubezahlen. Am Nachmittag fanden die Verhandlungen der Kommission mit den Herren Arbeitgebern, die inzwischen von Mühlhausen, wo sie ihren Sitz haben, angelangt waren, statt, die 2 1/2 Stunden dauerten. Während dieser Zeit warteten die übrigen Arbeiter außerhalb des Betriebes auf das Resultat der Verhandlungen. Die Arbeiter erreichten in diesen Verhandlungen, daß die neuen Artikel in den Tarif aufgenommen und derselbe im Wechsal aufgehängt wurde. Der Tarif galt nämlich bis jetzt nur für den Herrn Direktor, der ihn sorgfältig in seinem Bureau verwahrte, damit er ja der Arbeitererschaft nie zu Gesicht komme. Als vor zwei Jahren die Arbeitererschaft von Lamotte durch die Organisation, der sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes angehörten, eine Lohnerhöhung bis zu 4 Mk. pro Woche, sowie sonstige Verbesserungen, wie Bezahlung der Wartestunden auf Material, bessere Bezahlung für Verarbeitung von schlechtem Material usw., der Firma abgerungen hatte, glaubte sich dieselbe in den siebenten Himmel versetzt und fand es nicht mehr für nötig, der Organisation anzugehören. Einer nach dem anderen trat aus der Organisation aus, so daß wirklich von dem ganzen Betrieb nicht eine einzige Person organisiert ist. Fragte man nach der Ursache des Austritts, erhielt man gewöhnlich zur Antwort: Wir haben jetzt so ungenügend, was wir wollten, wenn es sich später notwendig macht, treten wir wieder ein. Aber die Arbeitererschaft machte die Rechnung ohne den Wirt. Es muß ein ganz besonderes Vergnügen für den Herrn Direktor gewesen sein, zu sehen, daß an den Sonntagen kein Unterfasser mehr von Haus zu Haus ging, Beiträge zu kassieren. Die Folgen einer solch unüberlegten Handlungsweise ließen auch nicht lange auf sich warten. Seit den letzten acht Monaten ist der Verdienst der Arbeitererschaft durch Lohnreduktion, Verarbeitung von schlechtem Material usw. recht herabgesunken. Zudem herrscht seit jener Zeit in diesem Betrieb ein Strafsystem, wie es scharfer wohl nicht gedacht werden kann. Löhne von 15 bis 25 Mk. in 14 Tagen für Familienbater sind zur Gewohnheit geworden. Frauen, Mädchen und jüngere Arbeiter verdienen 8 bis 12 Mk. und werden häufig noch mit weniger als 8 Mk. in 14 Tagen ausbezahlt. Jetzt sieht die Arbeitererschaft ein, wie unfinnig und leichtfertig sie gehandelt hat. Hoffentlich wird sie den Weg zu ihrer Organisation wieder finden und an ihr festhalten, damit sie das so leichtsinnig Verscherzte wieder zurückerobern kann. Gleich nach Ausbruch des Streiks wurden an sämtliche Fabrikanten von Marfisch und Umgebung schwarze Listen versandt. Arbeiter von Marfisch und Umgebung, merkt euch das!

Grimma. In der Spitzenfabrik von Birgigt u. Co. in Grimma mußten letzte Woche die Wochenlöhner ins Kontor kommen, um die Mittelung zu erhalten, daß sie Sonnabends auch Mittags um 2 Uhr aufzuhören haben, wie die Weber. Auf Vorstellungen hin erhielten sie zur Antwort: Herr Birgigt habe es so angeordnet, denn der Chef war selbst nicht anwesend; er zog es vor, diese Angelegenheit brieflich zu erledigen. Der Lohnausfall, der den Arbeitern durch die Neuerung entsteht, ist ganz enorm. Ein anderer Fall. Ein Arbeiter bekam früher Wochenlohn. Nach Wegfall des Wochenlohnes betrug sein Stundenlohn 58 1/2 Pf., jetzt bekommt er nur noch 58 Pf. Auf Befragen bekam er zur Antwort, es rechne sich so schlecht mit dem 1/2 Pf. Auch noch anderes leidet die Firma. Wenn zum Beispiel ein Arbeiter oder eine Arbeiterin eine bis fünf Minuten zu spät kommt, werden die Betreffenden mit 20 bis 60 Pf. bestraft, trotzdem sie bloß 5 bis 7 Mk. verdienen. Es empfiehlt sich immer mehr, die Firma zu meiden.

Landeshut. Im „Proletarier aus dem Culengebirge“ befindet sich folgende Annonce:

„Arbeitergesuch. Jüngere, durchaus tüchtige Leinwandweber und -weberinnen, eventuell einige Weberfamilien, ferner ein auf Zettelfraus-Schermaschinen geübter Zettler und eine Zettlerin finden dauernde, gutbezahlte Beschäftigung in der Leinwandspinnerei und -weberei Schleithelm in Stühlingen (Waden).“

NB. Vergütung der Umzugskosten bei entsprechender Anstellungsdauer.“

Viele Kollegen in Süddeutschland sind in der Lage, über jene Fabrik bezw. Firma nähere Auskunft zu erteilen.

Limbach i. Sa. Tag- und Nacht-, sowie Sontags- und Ueberstundenarbeit, das war die Signatur der vorjährigen Hochkonjunktur in der hiesigen Stoffhandlungs- und Wirkwarenbranche, so daß sich im vorigen Herbst Frau Martha Ties aus Berlin gelegentlich einer Agitationsstour nachts 12 Uhr auf dem Wege nach dem hiesigen Bahnhof über diese Missetände entrüstete, als sie noch um diese Stunde in einer ganzen Anzahl Betriebe schuften sah. Ja, wohl haben sich auch andere von auswärts nach hier gekommene Kollegen, welche bisher andere Verhältnisse gewöhnt waren, darüber empört. Aber der größte Teil der hiesigen Textilarbeiterschaft fühlte sich wohl dabei. Konnten sie doch, wie sie sich auszudrücken liebten, dadurch „mehr verdienen“. Machten wir sie auf die Schäden dieser Geist und Körper ruinierenden Arbeitsweise aufmerksam, sowie auch darauf, daß dies für die Arbeitererschaft schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen müsse, so fanden wir kein Gehör dafür. Auch dafür nicht, daß wir den Leuten sagten, daß sie diese Zustände nur mit Hilfe einer starken Organisation befeitigen könnten. Meinten doch die einen, daß sie keine Organisation brauchten. Wenn sie sich das Geld beiseite legten, was sie jede Woche dem Verband zahlen mußten, dann hätten sie im Falle der Not auch soviel, daß sie aushalten könnten. Und der andere Teil? Nun, der träumte noch so viel von der vielgepriesenen, aber längst im Bereich der Märchenwelt liegenden Harmonie zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Was es doch hier und da noch mal ein Biertrinken oder gar ein Bratwurstessen, und stand doch der oder jener Arbeitgeber mit seinen Arbeitern noch im Duzverhältnis. Hörte man doch hier und da Arbeiter sagen: Ich muß einmal am Sonntag arbeiten, oder Ueberstunden machen, unfer Alter ist auch nicht so. Das war alles so harmonisch. Aber die Leute überlegten sich nicht, daß diese „wohlwollenden“ Herren Arbeitgeber ihre Liebe zu den Arbeitern nur so lange betätigten, als sie dieselben notwendig brauchten. Einer sagte dem andern die Arbeiter weg, und daraus erklärt es sich wohl, daß sie mit den Leuten glimpflich umgehen mußten, um sie überhaupt zu behalten. Dieser letztere Teil der Arbeiter glaubte auch nicht daran, wenn man ihnen sagte, daß dieser Hochkonjunktur, auf dieses sinnlose Hasten und Rasen, eine um so verhängnisvollere Krisis folgen müsse. Sie glaubten eben, das müsse immer so bleiben, wie bisher. Aber sie sollten nur so schnell von der rauhen Wirklichkeit und der Wahrheit unserer Warnungen überzeugt werden. Wir befinden uns gegenwärtig in einer ganz außerordentlich starken Krisis, und schneller, als es je einer geglaubt hätte, hat die hiesige Arbeitererschaft die Wirkung derselben zu fühlen bekommen. Am meisten haben natürlich dank der Rauheit und Rückständigkeit der großen Masse die organisierten Kollegen und Kolleginnen zu leiden, denn diese fühlen jetzt tagtäglich mit blutendem Herzen, daß, wenn während des flotten Geschäftsganges, wo über die Arbeitgeber ein wahrer Goldregen herniebergegangen ist, die erliteren nicht den Hemmschuh gebildet hätten, so daß es möglich gewesen wäre, die eingereichten Tarife durchzudrücken, es jetzt nicht vorzukommen könnte, daß man überall die Löhne bis zu 4, 6, ja sogar bis 8 Mk. pro Woche zu kürzen sich wagen dürfte, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Es hätte auch nicht vorzukommen können, daß man, wie dies bei der Firma Emil Göhe in Oberfrohna geschehen ist, einem Arbeiter, an dessen Leistungsfähigkeit man bisher nichts aussetzen hatte, laut einem mittels Schreibmaschine gefertigten Schriftstück mitteilte, daß seine — des Arbeiters — Leistungen nach Einsichtnahme in die Bücher nicht dem bisher gezahlten Lohn entsprächen, und ihm somit derselbe um 2 Pf. pro Stunde gekürzt werde. Der Wirkwarenfabrikant Mag Müller in Rändler machte

im vorigen Jahre seinen Arbeitern das „berlodende“ Anerbieten, daß er jedem Arbeiter vier Tage Urlaub mit Weiterzahlung des Lohnes und eine Lohnzulage gewähren wolle, wenn sie — man höre! — aus dem Textilarbeiterverband austreten würden. Die Arbeiter sind natürlich auf diesen Anbuhandel nicht eingegangen, und sie taten gut daran; denn jetzt hat der Herr vier jugendlichen Spulern die Löhne ganz erheblich gekürzt, was bei einem dieser Arbeiter 4 Mk. weniger pro Woche ausmachte. Desgleichen ist auch den Rundstuhlarbeitern der Lohn um 3 und 5 Mk. pro Woche gekürzt worden. All das wäre wohl nicht möglich gewesen, wenn, wie schon erwähnt, die hiesige Arbeitererschaft besser organisiert wäre. Eine Menge gegenwärtig arbeitsloser organisierter Kollegen empfindet es jetzt schwer, daß der deutsche Textilarbeiterverband die am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Arbeitslosenunterstützung nicht schon früher eingeführt hat. Trotzdem gibt es aber bedauerlicher Weise noch eine ganze Menge organisierter Kollegen, die kurzfristig genug sind, diese Notwendigkeit nicht zu begreifen, und drohen, wegen der dadurch bedingten Beitragserhöhung aus dem Verbande auszutreten. Alle diese Kollegen möchten wir vor einem derartigen unbedachten Schritt, der ihre und ihrer Kollegen Lage nur noch verschlechtern, niemals aber bessern kann, warnen, um sie vor späterer Reue zu bewahren. Es gehört nicht allzuviel Denkbarmögen dazu, um begreifen zu können, daß man sich und andere schädigt, indem man dem Verbande den Rücken kehrt und so die Arbeitererschaft dem geschlossenen Arbeitgebertum als machtloses Ausbeutungsobjekt ausliefert, welches ruhig alle Schamlosigkeit über sich ergehen lassen muß, ohne sich wehren zu können. Wir möchten diesen Kollegen aber auch raten, ihre Fachzeitung, den „Textilarbeiter“, etwas besser zu verfolgen und die Versammlungen besser zu besuchen, um so sich mehr Aufklärung in dieser Sache zu verschaffen, anstatt in den Fabriken und Wirkwaren zu schimpfen. Ein nicht scharf genug zu beurteilendes Gebaren ist es auch, daß hiesige Geschäftsleute in miniature, welche doch fast ausschließlich von Arbeitern und Logisgängern leben, wie dies hier der Fall ist, sich unterfangen, organisierte Mädchen direkt aus dem Verband herauszutreiben. So machte sich z. B. eine hiesige Grünwaren- und Büdlingshändlerin ein detail an, dem Unterfasser ein Mädchen, welches bei ihr logiert, vom Verband abzumelden mit dem Bemerkten: „Die Mädchen brauchen den Quatsch überhaupt nicht mitzumachen. Machen Sie nur, daß Sie „nauskommen.“ Die Arbeitererschaft muß gegen ein derartiges Gebaren ganz entschieden Front machen und darnach handeln. Mögen dann diese Sorte Geschäftsleute auch die Konsequenzen daraus ziehen und ihren „Quatsch“ selbst genießen. Den Kollegen aber rufen wir zu: Besucht Eure Versammlungen besser, agitiert und organisiert! Nur dadurch könnt Ihr Eure wirtschaftliche Lage verbessern, nicht dadurch, daß Ihr wegen der notwendigen winzigen Beitragserhöhung, die Euch hundertfältige Zinsen trägt, oder aus anderen kleinlichen Gründen dem Verband den Rücken kehrt. Euch immer fester zusammenzuschließen ist um so mehr Pflicht, als das Unternehmertum immer brutaler und unerschämter wird, wie uns der Kampf im Erzgebirge und in Wüstenbrand zeigt. Darum hinein in den Verband, wer es bisher veräumt hat sich ihm anzuschließen. Und um so enger und fester aneinander geschlossen; Ihr alle, die Ihr wankelmütig zu werden beginnt, dem Arbeitgebertum zum Trotz, der Arbeitererschaft zu Nuß. G. S.

Rheinhdt. Ein Arbeiter, wie sich die Unternehmer ihn wünschen, ist der Weber Altgott in Odenkirchen. Derselbe bringt es fertig, trotz der überaus schlechten Konjunktur sechs Stühle der Art zu bedienen, von der bisher nur 4 Stühle bedient wurden. In diesem Betriebe hörte nämlich ein Mann mit 4 Stühlen auf. Flugs war A. bei der Hand und nahm sich noch 2 Stühle zu seinen 4 Stühlen. Auch ließ er sich nicht dadurch beirren, daß die übrigen Weber ihm (dem Sechsstuhlweber) ein Fahrrad zur Verfügung stellten, damit er an der langen Reihe der von ihm bedienten Stühle entlang fahren kann. — Die „Solidarität“ treibt mitunter ganz sonderbare Blüten.

Rheinhdt. Arbeitseinschränkung. Die Firma B o n g s, Spinnerei und Weberei, Aktiengesellschaft, machte „ihren“ Arbeitern bekannt, daß in der Weberei und Druckerei ihres Betriebes vom 1. Juli an eine Arbeitseinschränkung stattfinden, und daß von da an nur noch fünf Tage wöchentlich gearbeitet werde. — Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß sich diese Arbeiter etwas mehr um ihre wirtschaftliche Lage kümmern, anstatt in den Tag hinein zu dösen und den Klimbimbereinen nachzulaufen, die den Arbeitern das Denkbarmögen rauben.

Rheinhdt. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die nächste Versammlung Samstag, den 4. Juli, abends 1/2 9 Uhr, stattfindet. Sorgt für guten Besuch.

Sebnisk. Die Mechanische Weberei des Herrn W i l h. W i n k l e r (früher Strohhach) in Herlingswalde bei Sebnisk sucht in auswärtigen Zeitungen Weber und berspricht Löhne von 25 Mk. pro Woche. Wohl dem, der sie verdienen kann. Hier tätige Kollegen sind dazu leider nicht imstande. Die Maschinen im Betriebe sind ziemlich veralteter Konstruktion und manchmal recht schwerfällig. Auch ein rigoroses Strafsystem besteht hier. Eine Kritik gewisser Missetände hatte einige Entlassungen zur Folge. Wenn die Betriebsleitung so vorgeht, kann sie schon einmal mit Arbeitskräften in Verlegenheit kommen. Doch hat unter solchen Umständen niemand Veranlassung, bei ihr Arbeit zu nehmen. In jedem Fall ist es ratsam, erst Erkundigungen über die Arbeitsbedingungen bei Arbeitern einzuziehen, bevor man sich der Firma verpflichtet.

Zwidau. Mit der Ausperrung bei Landmann u. Helbig beschäftigte sich vorige Woche eine in Schmidts Lokal in Vorderneudorf abgehaltene Textilarbeiterversammlung, in welcher Kollege G r a u p e referierte und die leider nicht den erwünschten Erfolg aufwies. „Fünf Wochen bereits“, führte der Referent aus, „sind die Spitzenweber, Hülsarbeiterinnen und -arbeiter der Firma Landmann und Helbig ausgeperrt, angeblich wegen Arbeitsmangel (!?). Aber es sei jetzt erwiesen, daß diese Entlassungen im E i n b e r s t a n d n i s mit den Spitzenweberfabrikanten andernorts erfolgt seien. Jedenfalls glaubt die Firma, bei der Gelegenheit die ihr unliebsamen Arbeitskräfte auf billige Art loszuwerden. Diese urplöbliche Entlassung sei ein förmlicher Gemalakt, denn 3 bis 4 Wochen vorher habe man noch Weber einstellen wollen. Das Bezeichnendste aber sei, daß man die ausgesperrte Arbeitererschaft in anderen Spitzenwebereien nicht einstelle. In einer vogeländischen Spitzenweberei habe man den nach Arbeit anfragenden Arbeitern erklärt: „Sie wollten Arbeiter gerne einstellen, aber bei den Arbeitern der Firma Landmann u. Helbig liege die Sache etwas tiefer!“ Die Firma beabsichtige also, ihre Arbeiter einfach auszu hungern, um jedenfalls ihre frühere Praxis wieder betreiben zu können. Vor einigen Jahren habe die Firma von ihren Arbeitern den Austritt aus der Organisation durch einen Rebers verlangt. Das Vorgehen der Firma beweise, wie die Unternehmer in Zeiten der Krise gegen die Arbeiter vorzugehen pflegen. Während der guten Geschäftskonjunktur habe man den Arbeitern nur widerwillig eine Feiertage gegeben. In der Spitzenweberei arbeite nur der Spitzenmeister Günel. Die Angelegenheit habe jetzt der Textilarbeiterverband übernommen, da man aus den A u s f ü h r u n g e n einiger Unternehmer anderer Orte ersehen habe, daß das K o a l i t i o n s r e c h t der Arbeiter vernichtet werden soll. Unter lebhaftem Beifall wurde der ausgesperrten Arbeitererschaft die vollste Sympathie und Solidarität der Versammlung zugesprochen. Mit aller Macht soll jetzt für die Ausbreitung der Organisation gearbeitet werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Gibt es noch eine anhaltende Teuerung und wo bleiben die Teuerungszulagen?“ wurde vom Kollegen Graupe an der Hand statistischen Materials der ungelige Einfluß der durch die anarchisierende Produktionsweise der heutigen kapitalistischen Gesellschaft hervorgerufenen schweren wirtschaftlichen Krise nachgewiesen, der die Arbeiter am schwersten treffe, während die besitzende Klasse herrlich und in Freuden lebe.

In der Weberei von Jung u. Simons würde nur noch an fünf Tagen wöchentlich gearbeitet. Das bedeute für die Weberinnen einen ziemlichen Lohnausfall. Hierzu käme noch, daß die Weberinnen ein Drittel weniger Lohn erhalten als die männlichen Weber, was in anderen Betrieben, wie in Greiz usw., nicht der Fall sei. Die Firma Jung u. Simons habe den bei ihr beschäftigten Arbeitern zu Weihnachten 1906 versprochen, bei anhaltender Teuerung die damals gegebene Zulage periodisch zu wiederholen. Das sei aber erst im November 1907 geschehen mit dem Bemerkten, daß am 11. Februar 1908 die Teuerungszulage wiederholt würde, was auch der Fall war. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen hätten nun aber, zumal die Teuerung noch vorhanden sei, geglaubt, diese Zulage würde sich am 11. Mai wiederholen. Doch daran dachte die Firma nicht. Sie glaubt, dies infolge der indifferenten Haltung einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nötig zu haben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit müsse die Arbeiterchaft aber Veranlassung nehmen, ihre Organisation auszubauen, um in der guten Zeit gerüstet dazustehen und höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erzielen zu können. Schließlich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. Oktober die Arbeitslosenunterstützung im Textilarbeiterverband bereits zur Auszahlung gelangt und somit eine neue Waffe in der Organisation geschaffen worden ist. Besonders die Arbeiterinnen von Zwickau und Umgegend mögen sich jetzt samt und sonders der Organisation anschließen!

Literatur.

In Nr. 22 besprachen wir eine Broschüre über die „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Textilarbeiter des Ostbayerischen Industrie-Raions“, die im Verlage unseres Verbandes (Karl Hübsch-Berlin, Andreasstr. 61) erschienen ist und die derselbe zum Preise von 10 Pf. (Ersatzleistungen) an die Kollegen verabfolgt. Von dieser Gelegenheit haben aber bisher nur wenige Kollegen Gebrauch gemacht, weshalb wir das Werkchen erneut in Erinnerung bringen wollen. Wir wiederholen: Wer sich über die sozial des Interessanten und Belehrenden bietende Bewegung unserer russischen Brüder unterrichten will, muß sich die Broschüre anschaffen. Denn wir konnten selbstverständlich nur einen Auszug aus ihr in unserer Blatte wiedergeben, der keinen Ersatz für sie bilden, sondern nur auf ihre Wichtigkeit hinweisen kann. Wir können auch nicht annehmen, daß der Wissensdrang unserer Leser durch die paar Brocken, die wir ihnen aus dem relativ inhaltreichen Werke hingeworfen haben, befriedigt sei, setzen aber zu ihren Gunsten voraus, daß sie ihn vollauf befriedigen wollen. Dann müssen sie aber schon einmal das große Opfer von 10 Pf. bringen.

Briefkasten.

Kann mir jemand die Adresse meines Freundes Franz Klefische mitteilen? Klefische ist Mitglied unseres Verbandes, zuletzt wohnhaft Mülheim a. Rhein. Soll jetzt in Hamburg wohnen. Im voraus besten Dank.

H. Weber, Bremen, Erasmustr. 6.  
E. in Großschönow. Wir können doch unmöglich auch noch die Zustände in Fabriken anderer Industrien unter „B. a. F.“ besprechen. Zudem waren Ihre Einsendungen doch niemals mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen.

Nach Schmelingen. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

E. V., Meerane. Das erstere läßt sich schon machen; der Mann kann seinem Kinde sein Vermögen vermachend, doch muß dies gerichtlich oder notariell geschehen, wenn es die Wirkung haben soll, die Sie sich von ihm versprechen. — Die andere Frage ist zu verneinen; die Suche nach dem gestohlenen Vater eines unehelichen Kindes liegt nicht der Ortsbehörde ob. Diese ist aber verpflichtet, die Mutter des unehelichen Kindes zu unterstützen, wenn sie in Not geraten ist. Ein Notstand existiert bei einem Wochenverdienst von 10 Mk., wenn davon noch ein Kind mit unterhalten werden soll. Dieser Notstand ist aber noch verschlimmert durch Ihre Krankheit. Vielleicht führen erneute Vorstellungen bei der Armenbehörde doch noch zum Ziel.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Zustandsbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Protokolle von der Generalversammlung betreffend. Verschiedene Besteller beschwerten sich, daß sie ihre Sendungen noch nicht bekommen haben. Wir erklären dazu, daß wir den Versand, der direkt von der Druckerei bewirkt wird, nach Möglichkeit beschleunigen; wir lassen die Sendungen sogar als Eilgut aufgeben. Vielleicht geht die Arbeit in der Buchbinderei nicht so schnell von statten, daß der Versand mehr gefördert werden könnte. — Man braucht uns also nicht an seine Bestellungen zu erinnern; von uns aus wird alles prompt erledigt. Nebenbei sei bemerkt, daß wir über die erste Auflage bereits verfügt haben und nun Bestellungen für die zweite erwarten.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Bayern. Das Gaubureau, sowie die Wohnung des Gauleiters befindet sich vom 1. Juli an Eisenhammerstraße Nr. 5, parterre. Alle Zuschriften und sonstigen Sendungen sind daher vom 1. Juli an dorthin zu richten.

Bernh. Brüggemann, Augsburg.

Gau Thüringen. Versammlungen, in denen Gauleiter Alban Bretschneider Bericht geben soll über die wichtigsten Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung, des Internationalen Textilarbeiterkongresses und des Gewerkschaftskongresses, hat der Gauvorstand wie folgt festgesetzt, und zwar für die Filialen: Gera: Freitag, 3. Juli, abends 8 Uhr, Ostvorstädtische Turnhalle; Langenberg: Sonnabend, 4. Juli, abends 1/2 Uhr, Kaiserhof; Leichwolframsdorf: Sonntag, 5. Juli, nachm. 4 Uhr, Schützenhaus; Reiz: Montag, 6. Juli, abends 1/2 Uhr, Felsenkeller; Weida: Dienstag, 7. Juli, abends 1/2 Uhr, Schützenhaus; Röhren: Mittwoch, 8. Juli, abends 1/2 Uhr, Gasthaus zum Löwen; Eisenberg: Donnerstag, 9. Juli, abends 1/2 Uhr, Kohlbad; Röhren: Freitag, 10. Juli, abends 1/2 Uhr, Rittergarten; Naichau: Sonnabend, 11. Juli, abends 1/2 Uhr, Körner; Kurtschau: Sonntag, 12. Juli, abends 1/2 Uhr, Hänel; Ronneburg: Montag, 13. Juli, abends 1/2 Uhr, Fürstenteller; Berga: Dienstag, 14. Juli, abends 1/2 Uhr, Zollhaus; Ziebes: Mittwoch, 15. Juli, abends 1/2 Uhr, Thüringer Hof; Greiz: Freitag, 17. Juli, abends 1/2 Uhr, Scharfe Gd; Altenburg: Sonnabend, 18. Juli, abends 1/2 Uhr, Kronprinz; Hermannsgrün: Sonntag, 19. Juli, abends 1/2 Uhr, Forver;

Münchenbernsdorf: Montag, 20. Juli, abends 1/2 Uhr, Bahrischer Hof; Moschwitz: Dienstag, 21. Juli, abends 1/2 Uhr, Sedels Gasthaus; Schmölln: Mittwoch, 22. Juli, abends 1/2 Uhr, Sonne. Zeulenroda: Donnerstag, 23. Juli, abends 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus; Caselwitz: Freitag, 24. Juli, abends 1/2 Uhr, Eisentraut; Apolda: Sonnabend, 25. Juli, abends 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus; Schlotheim: Sonntag, 26. Juli, nachmittags 2 Uhr, Ratsteller; Ellrich: Montag, 27. Juli, abends 1/2 Uhr, Schützenhaus; Halle: Dienstag, 28. Juli, abends 1/2 Uhr, Weißes Roß; Nordhausen: Mittwoch, 29. Juli, abends 1/2 Uhr, Stadt Berlin; Eichwege: Donnerstag, 30. Juli, abends 1/2 Uhr, Holzapfel; Langensalza: Freitag, 31. Juli, abends 1/2 Uhr, Schloßkeller; Mühlhausen: Sonnabend, 1. August, abends 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus; Eisenach: Sonntag, 2. August, nachmittags 2 Uhr, Gasthaus zum Engel; Saalza: Montag, 3. August, abends 1/2 Uhr, Gasthaus zur Linde; Großwechungen: Dienstag, 4. August; Magdeburg: Mittwoch, 5. August; Kleinreinsdorf: Freitag, 7. August; Neustadt: Sonnabend, 8. August; Langenwechendorf: Sonntag, 9. August; Gräfinau: Montag, 10. August, abends 1/2 Uhr, Prinzenhof; Tinz: Sonnabend, 15. August, abends 1/2 Uhr, Gasthaus zum Löwen; Hohenleuben: Sonntag, 16. August, nachmittags 4 Uhr, Gerstner.

Ortsverwaltungen.

Goesfeld. Unseren Mitgliedern zur gefl. Kenntnis, daß im Laufe der nächsten Woche die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle durch die Unterfasserer eingezogen werden. Jedes Mitglied wolle darauf achten, daß sein Buch bei einmaliger Aufforderung in bester Ordnung abgegeben werden kann. Des ferneren mache ich die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß jeder Krankheitsfall dem Kassierer resp. dem Unterfasserer unter Vorlegung eines Krankenscheines und Mitgliedsbuches anzuzeigen ist. (Siehe § 45, Abs. 2 des Statuts.)

Adam Gremmler, Kassierer.

Friedland, Bez. Breslau. Zur Beachtung! Der Debollmächtige Emil Liebig wohnt nunmehr Liebigstraße Nr. 7 — Eingang Braunaerstraße — und sind alle Zuschriften an diese Adresse zu richten. Derselbe verwaltet auch die Auskunftsstelle des hiesigen Gewerkschaftskartells, und liegt es im eigenen Interesse der Mitglieder, sich in Rechtsfragen usw. nur unserer Auskunftsstelle zu bedienen. Sprechstunden sind alltäglich von früh 10 bis mittags 1 Uhr und abends von 7 bis 9 Uhr. Sonnabends nur früh und Sonntags nur von früh 11 bis mittags 1 Uhr. Auch die Auszahlung von Kranken- und Reiseunterstützung erfolgt in den Geschäftsstunden. Die Ortsverwaltung.

Gau Oberlausitz. Der Gauvorstand besteht aus folgenden Kollegen: Oswald Heidel, Vorsitzender, Ritterstr. 274 d; Hermann Pfeifer, Stellvertreter, Heubauerstr. 174; Hermann Müller, Kassierer, Ritterstr. 274d; Hermann Franz, Schriftführer, Bergstr. 159; Hermann Linke, Gauleiter, Ritterstr. 274d, Telephon 495.

Alle Gelder sind an den Kassierer und alle sonstigen Sendungen an den Gauleiter zu richten.

Gau Schlesien. Laut Aufforderung im „Textilarbeiter“ (Nr. 24) sind folgende Orte: Friedland, Grünberg, Landeshut, Langenbielau, Reichenbach und Zillertal ihren Verpflichtungen dem Gau Schlesien gegenüber noch nicht nachgekommen. Dies bringt zur Kenntnis

Heinz Forst, Gauleiter, Liegnitz, Neue Breslauer Straße 30 II.

Göppingen. Vom 1. Juli an befindet sich das Geschäftszimmer Untere Grabenstraße 7. — Alle Sendungen sind an den Geschäftsführer dorthin zu richten. Kranken- und Reiseunterstützung wird vormittags von 9—11 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr ausbezahlt. — Der 1. Vorsitzende, Julius Frey, wohnt vom 1. Juli an Bleichstraße 2. — Ferner werden die Mitglieder ersucht, bei jedem Wohnungs- und Geschäftswechsel der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen. — Vom 1. Juli an werden die Kranken- und Arbeitslosenmarken nur im Geschäftszimmer geklebt; jedes Mitglied hat sich dort sein Buch in Ordnung bringen zu lassen. Die Ortsverwaltung.

Großenhain. Der Kassierer wohnt vom 1. Juli an: Gutenbergstraße 1a II, derselbe zahlt Sonntags von 10—12 Uhr Krankengeld aus. Die Reiseunterstützung zahlt Wilhelm Herzog, Dresdener Straße 6 (Konsumverein), Wochentags von vormittags 7 bis abends 7 Uhr aus. Die Ortsverwaltung.

Melsungen. Vorsitzender ist Christian Worf, Brüdnerstraße 400, Konsumverein; Kassierer Friedrich Krumm, Bergstraße 216. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden zu richten.

Mittweida i. Sa. Das Mitglied Eduard Lakel, Weber, Buchr. 385 455, geboren am 23. März 1891 in Bären in Mähren, eingetreten in den Verband am 15. September 1907 in Traun in Oesterreich, ist von hier abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Bei seinem Auftauchen wolle man dem Unterzeichneten sofort Nachricht geben.

Hugo Sehfert, Geschäftsführer, Schützenstr. 31. Plauen i. B. Um den reisenden Kollegen unnötige Wege zu ersparen, teilen wir ihnen wiederholt mit, daß in Plauen auf keinen Fall Lokalunterstützung ausbezahlt wird, sondern nur die statutenmäßige Reiseunterstützung. Die Ortsverwaltung. H. Ködel.

Thamm i. E. Das Mitgliedsbuch auf Jos. Schneider, geb. am 21. November 1887 zu Kitzersbach, Kreis Weizsäcker, eingetreten im November 1906, lautend, ist gestohlen worden. Bei ebenl. Auftauchen wolle man es sofort an sich nehmen und gefälligst an untenstehende Adresse senden. Jos. Schneider, Vertrauensmann, Thamm i. E., Rangengasse 24.

Posamentiererkonferenz.

Die diesjährige Konferenz der Städte Frankfurt a. M., Darmstadt, Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Mannheim findet am Sonntag, 26. Juli, vormittags 9 Uhr, in Mainz bei Jakob Thiele, Brand 17, statt. Frankfurt a. M., Mainz, Offenbach wählen je zwei Delegierte, Darmstadt, Wiesbaden und Mannheim je einen Delegierten.

Die Filialen werden gebeten, bis längstens 18. Juli ihre Delegierten an untenstehende Adresse zu melden. Die umfangreiche Tagesordnung geht den einzelnen Filialen zu. Mit kollegialem Gruß Robert Böhm, Frankfurt a. M., Marianstr. 19.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Chemnitz. Oswald Hermann Berndt, Färber, 34 Jahre alt — Genickstarre. Grimmitzschau. Hermann Görner, 63 Jahre alt — Masenleiden. Delmenhorst. Am 12. Juni Anna Bischof, 69 Jahre alt — Magenkrebs. Greiz. Am 15. Juni Elisabeth Schmiedeknecht, 38 Jahre alt — Lungenkrankheit.

Langenbielau. Ernestine Böer, Weberin, 48 Jahre alt — Lungenkrankheit; Wilhelm Neumann, 49 Jahre alt — Lebererhärtung; Ida Zimmig, Spulerin, 30 Jahre alt — Lungenkrankheit. Langensalza. Am 5. Juni Oskar Hesse, 34 Jahre alt — Proletarierkrankheit. Nürnberg. Georg Renner (nicht Penner), wie es in voriger Nummer hieß. Peterswaldau. Hermann Steinbrich, 18 Jahre alt — Ohrenleiden. Reichenau. Hulda Haupt aus Türchau, 33 Jahre alt — Lungenleiden; Josef Blunewich, Engelsdorf in Böhmen, 20 Jahre alt — Lungenleiden. Ehre ihrem Andenten!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streik befinden sich bezw. sind ausgesperrt: Weber in: Aachen (Jos. Königsberger) Saalza (Bergener u. Geist). Wirker in: Gornsdorf. Meinersdorf (Drechsel u. Günther). Wüstenbrand (Höfelbath u. Döhler). Handbruder in: Penig (A. Glaser). Wernsdorf (Böhmen) [Werner jun.] Cord- und Nesselweber in: Biersen (Wongs u. Zahn). Spitzenweber in: Zwickau i. Sa. (Landmann u. Hellwig). In Bewegung ohne Streik befinden sich Weber in: Goldmühl i. Oberfranken (J. W. G.). Langenbielau (Karl Postpischil). Aachen (wegen des Zweifelhäftsystems). Gummibandweber in: Großröhrsdorf (G. Boden u. Söhne).

Versammlungs-kalender.

Altona-Ottensen. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei E. Jels, Altona, Bergstr. 136. Berga. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Jollhans“. Berlin. Zentral-Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstraße 38: Zahltag. Berlin. Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwisch, Stralauer Allee 20a: Zahltag. Berlin. Zahlstelle: Rüdersdorferstr. 18, bei Wittner. Berlin. (Sektion der Posamentierere.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Die, Alte Jakobstr. 119: Zahltag. Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: Zahltag. Berlin. (Sektion Weissenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Behrstraße: Zahltag. Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handtischer.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Moxler, Landsbergerstraße 115: Zahltag. Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Sebelstr. 30: Zahltag. Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei J. Stadowiak, Marchstr. 23: Zahltag. Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Goßnowstr. 24, bei Reil. Berlin. (Sektion Rigdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Bietenstr. 81: Zahltag. Bielefeld. Freitag, 3. Juli, abends 8 Uhr bei Blome, Webereistraße 5. Brauweiler. Sonntag, 5. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Karl Schröder. Bramsche. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Rehmann. Cambsatt. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 Uhr, im „Löwen“. Drunnenstr. 11. Darmstadt. Sonnabend, 4. Juli, bei A. Etting. Dülken. Sonntag, 5. Juli, abends 7 Uhr. Falkenstein i. B. Sonntag, 5. Juli, abends 8 Uhr, im „Sächs. Hof“. Forchheim. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Mary, Wiesenstr. 6. Fürth. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 Uhr, bei Sid, Wassergasse 13. Füssen. Jeden Sonntagvormittag 10 Uhr im „Lamm“: Zahltag. Göttersloh. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“. Gütersloh. Sonntag, 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Zahltag. Hagen. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 Uhr, bei Timpelth: Vortrag. Kiel. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 Uhr, im „Braunen Girsch“. Lambrecht. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schloffer. Liegnitz. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Hintertleiche. Mühlhausen i. Th. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof“. Mhlau. Sonnabend, 4. Juli. Neustadt D.-Schl. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 Uhr, im „Arbeiterkafino“: Zahltag. Neustadt a. Dela. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Café Krüze. Niederöffeneide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Str. 5: Zahltag. Osnabrück. Sonnabend, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Möller, Bischofstr. 14/15. Remscheid. Montag 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Heite, Peterstr. Reutlingen. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 Uhr, im „Tiroler“ (Wilh. Deufcher). Roßwein. (Einzelmittglieder.) Sonnabend, 4. Juli. Schopfheim. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, in der „Löwenbrauerei“. Schwarzenbach a. S. Sonnabend (Samstag), 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Vereinshalle“. Schwiebus. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Gondolatsch. Stuttgart. Mittwoch, 1. Juli, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 14. Thum. Montag, 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Reichmühle“. Witttenberge. Sonntag, 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Zahn, Steinstr. 3. Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Wichtiges über Redaktion und Expedition sind an G. Wasewitz, Berlin N., Lychnersstr. 31 III, zu richten.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 29. Juni.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.